
Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Erfurt

Problemaufriss 2012

Matthias Quent, Marie Baumann

Matthias Quent
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Soziologie
Carl-Zeiß-Straße 2
07743 Jena
E-Mail: matthias.quent@uni-jena.de

Lokaler Aktionsplan (LAP) gegen Rechtsextremismus der Stadt Erfurt (Hrsg.),
Externe Koordinierungsstelle, Träger: Radio F.R.E.I.
Ansprechpartnerinnen:
Jana Schmidt und Marie Baumann
Gotthardtstraße 21
99084 Erfurt
E-Mail: lap@radio-frei.de

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Rechtsextremismus im lokalen Kontext	3
3.	Der Kontext Landeshauptstadt.....	5
4.	Angebote der extremen Rechten in Erfurt.....	10
4.1	Formell organisierter Rechtsextremismus in Erfurt	11
	NPD.....	11
	Andere extrem rechte Parteien.....	12
	Vereine	12
4.2	Informell organisierter Rechtsextremismus	13
4.3	AkteurInnen rechtsextremer Sub- und Jugendkultur.....	14
	Bands.....	14
	Szeneläden	14
	Verbindungen in die Fußball-Szene	14
5.	Geländegewinne.....	15
5.1	Rechtsextreme Einstellungen.....	16
5.2	Geländegewinne parlamentarischer Bestrebungen.....	16
5.3	Jugendkultur.....	17
5.4	Mobilisierungs- und Aktionspotenzial	18
5.5	Gewalt von RechtsextremistInnen	18
5.6	Rohe Bürgerlichkeit	23
6.	Resümee der Bestandsaufnahme.....	24
7.	Ressourcenüberblick: Akteure gegen rechts in Erfurt.....	26
7.1	Nicht ausschließlich gegen rechts agierende AkteurInnen	27
	Jugendeinrichtungen der Stadt Erfurt.....	27
	Bestrebungen der Stadt Erfurt in Bezug auf den Titel als „Ort der Vielfalt“	28
	Jugendorganisationen von Partei und Gewerkschaft sowie weitere AkteurInnen	30
7.2	Beteiligungen bei exemplarischen Aktionen gegen rechts in Erfurt	31
7.3	Kontinuierlich gegen rechts arbeitende AkteurInnen	33
8.	Zusammenfassendes Fazit des Ressourcenüberblicks.....	34

1. Einleitung

Jana Schmidt

Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit fördert im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit Projekte, die präventiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt gerichtet sind. Die Stadt Erfurt bewarb sich 2012 für den Lokalen Aktionsplan (LAP) und erhielt die Bewilligung. In einem angedachten Förderzeitraum von drei Jahren (und darüber hinaus) sollen im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit als zentrale Werte der Gesellschaft für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in der Thüringer Landeshauptstadt gefestigt werden. Die Aktivierung und Vernetzung der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen spielt hierbei eine zentrale Rolle.

Der vorliegende Problemaufriss dient einerseits als Einblick in die rechten Strukturen im Erfurter Stadtbild und deren Gewaltbereitschaft. Andererseits soll das Spektrum der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen vorgestellt werden. Des Weiteren stellt der nachstehende Problemaufriss die Basis für eine sogenannte Sozialraumanalyse für die Stadt Erfurt dar. Diese wird am Institut für Soziologie der Universität Jena erarbeitet und im Spätsommer 2013 vorgestellt.

2. Rechtsextremismus im lokalen Kontext

Matthias Quent

Auf die programmatische und strategische Neuorientierung der extremen Rechten in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre folgte die weitere Ausdifferenzierung ihrer Vergemeinschaftungs-, Organisations- und Aktionsformen. Mit der Öffnung gegenüber verschiedenen Jugend- und Subkulturen ging eine (optische) Modernisierung der Szene einher, welche die Zu- und Einordnung erschwert und die Grenzen zwischen den ohnehin durch häufige Fluktuationen geprägten Jugendcliquen verwischen lässt. Das breite Spektrum extrem rechter formeller und informeller Gruppierungen, deren Selbstbezeichnungen zudem aus taktischen Gründen oft nur temporären Bestand haben, die Vielzahl an einschlägigen Codes, Chiffrierung und Slogans erweckt bei Außenstehenden leicht den Eindruck eines *Versteckspiels*. Der Versuch einer Bestandsaufnahme gleicht dem Experiment, einen Pudding an die Wand zu nageln. Nicht nur im wissenschaftlichen Diskurs, sondern auch in der Praxis der lokalen Akteurinnen und Akteure sorgt zudem der Begriff des „Rechtsextremismus“ für Konfusionen. Beispielsweise wird im Rahmen einer – ansonsten vorbildhaften – Zusammenstellung des Erfurter Jugendamtes¹ Rechtsextremismus in Anlehnung an Decker et al.² und dem Thüringen Monitor³ als

¹ Vgl. Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Zuarbeit des Jugendamtes zum Stadtratsbeschluss Nr.: 251/2006, Sachstand 23.08.2011.

² Vgl. Decker, Oliver/Brähler, Elmar et al.: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin, 2006.

³ Zuletzt: Schmitt, Karl/Wolff, Jürgen H.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2011, Jena, 2011.

Einstellungssyndrom auf Grundlage verschiedener Ungleichwertigkeitsvorstellungen definiert, schließlich jedoch „nur die öffentlich sichtbaren Aktivitäten“⁴ berücksichtigt. Weil politische Orientierungen und soziales Handeln unterschiedliche Ursachen, AkteurInnen und Verfestigungsgrade aufweisen können, ist eine differenzierte Betrachtung des Phänomenbereiches unerlässlich. Darum und wegen des hohen (regionalen) Differenzierungsgrades extrem rechter und neonazistischer Politikangebote bietet sich die Untersuchung konkreter sozialer Räume, Interaktions- und Verwaltungsbereiche an.

Durch „Situations- und Ressourcenanalysen“ im Rahmen der Lokalen Aktionspläne soll eine solche Bestandsaufnahme der Virulenz rechtsextremer Erscheinungen und die Aufstellung zivilgesellschaftlicher (potenzieller) Gegenkräfte geleistet werden. Die sich konzeptionell und qualitativ bundesweit stark unterscheidenden Untersuchungen bieten wenig Vergleichsmöglichkeiten, um vor dem lokalen Kontext und seinen spezifischen Problemlagen und Gelegenheitsstrukturen generalisierbare Aussagen über die Wirkung sozio-ökonomischer und gesellschaftspolitischer Faktoren auf die Rechtsextremismusbelastung vor Ort treffen zu können. Wenngleich sozialstrukturelle Daten vielfach Eingang in die Betrachtung finden, bleibt eine Interpretation möglicher Zusammenhänge häufig aus.

Das Forschungsprojekt „Rechtsextremismus(-potenzial) im lokalen Kontext“ am Institut für Soziologie der Universität Jena⁵ hat die fehlende Möglichkeit direkter Vergleiche mit dem Ziel der Identifizierung relevanter, von lokalen Akteurinnen und Akteuren beeinflussbarer Variablen mit überregionaler Validität für die Verbreitung des Rechtsextremismus in den vorhandenen Lokalstudien zum Gegenstand. In der Zielformulierung des Projektes heißt es:

„Ziel ist es, einen übersichtlichen, pointierten und standardisierten Merkmalskatalog zu entwickeln, welcher auf kommunaler bzw. regionaler Ebene vergleichbare Informationen über die Stärke des organisierten und jugendlichen Rechtsextremismus und Neonazismus enthält. Im Zentrum steht die transparente und verallgemeinerbare Erfassung und Gewichtung des Angebotsspektrums der extremen Rechten hinsichtlich der Bedrohung des demokratischen Gemeinwesens, seiner BürgerInnen und einer demokratischen politischen Kultur am Beispiel Thüringens. Dabei soll ein Messinstrument entstehen, mit dem die Stärke der extremen Rechten auf der Ebene von Landkreisen bzw. Städten und Gemeinden seriös identifiziert, analysiert und verglichen werden kann, um auf dieser Grundlage fundierte Handlungsempfehlungen für die Arbeit gegen den Rechtsextremismus bereitzustellen. Mit der Anwendung des Messinstrumentes in den Städten Saalfeld und Jena werden zum einen die Validität des Erhebungsverfahrens überprüft und zum anderen detaillierte Milieustudien der neonazistischen Szenen beider Kommunen erstellt. Das Messinstrument wird so konzipiert, dass es für zukünftige regional differenzierte Studien zum Rechtsextremismus und Neonazismus als Vorlage dienen kann und so auch die Situation in anderen Orten und Regionen in Thüringen und darüber hinaus zu erfassen und untereinander sowie im Zeitverlauf zu vergleichen vermag.“

Das nun vorliegende Instrument unterscheidet in vier Ebenen:

⁴ Zuarbeit des Jugendamtes, 2011.

⁵ Projektleitung: Prof. Dr. Klaus Dörre, PD Dr. Raj Kollmorgen; Mitarbeiter: M.A. Matthias Quent, Ulrike Brüdern, Alexander Thoms, Peter Schulz, Saskia Rieger; Förderung: Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

- lokale Kontextbedingungen des Rechtsextremismus: sozio-ökonomische Situation und politische Kultur,
- Angebotsstrukturen der extremen Rechten,
- Rechtsextreme Geländegewinne,
- Viktimisierung und Angsträume

Durch die Abbildung und Interpretation der nach diesem Schema v.a. aus öffentlichen Quellen, Experten- und Fokusgruppengesprächen gewonnenen Daten können neben einer detaillierten Bestandsaufnahme auch Rückschlüsse auf die (kausalen) Zusammenhänge der Ebenen, der spezifischen Ursachen- und Problemkonstellationen sowie Handlungsansätze antonym agierender Akteurinnen und Akteure vor Ort gewonnen werden.⁶

Die skizzierte Operationalisierung stellt in aller Kürze den analytischen Rahmen sowie die Gliederung dieser Vorsondierung zum Start des Lokalen Aktionsplans in Erfurt dar. Dabei wird zunächst auf bereits vorhandene Quellen zurückgegriffen. Dieser Problemaufriss stellt zugleich die Diskussionsgrundlage für die Auftaktveranstaltung des Erfurter LAP am 06.09.2012 sowie den Ausgangspunkt einer ausführlichen Untersuchung zum Rechtsextremismus im Kontextraum Erfurt dar, welche im Spätsommer 2013 vorgestellt wird. Zunächst sollen die folgenden Ausführungen den Boden bereiten für die Diskussion über die Handlungsziele unterschiedlicher AkteurInnen und grundlegende Informationen streuen zum Erkenntnis- und Problemstand in der Landeshauptstadt.

3. Der Kontext Landeshauptstadt

Die lokal-spezifischen Bedingungen, denen ein signifikanter Einfluss auf rechtsextreme Potenziale vor Ort zugerechnet wird, lassen sich in Faktoren des sozio-ökonomischen Trends und Faktoren der politischen Kultur kategorisieren. Die Bedeutung der sozio-ökonomischen Entwicklung für rechtsextreme Einstellungspotenziale in Thüringen wird bereits im Blick auf die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen in wirtschaftlich abdriftenden und relativ stabilen Verwaltungskreisen deutlich: In den wirtschaftlich stabilen Regionen Thüringens liegt der Anteil rechtsextrem Eingestellter im Durchschnitt bei 11,5 Prozent, in den abdriftenden Gegenden bei 21,5 Prozent.⁷ Bei diesem, aus vier Faktoren⁸ gebildeten Regionentrend liegt die Landeshauptstadt im Bereich der gleichbleibenden Regionen in Thüringen noch hinter Weimar, Hildburghausen, Eisenach, Sonneberg und Jena.

Im Folgenden werden zunächst überblicksartig einige sozioökonomische Strukturdaten beschrieben. Dabei handelt es sich um einen ersten Zugang ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ein Teil der rele-

⁶ Die zugrunde liegenden Theorien, Methoden sowie erste Ergebnisse werden im Sommer 2013 in einem Sammelband publiziert.

⁷ Vgl. Quent, Matthias: Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen: Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens, Magdeburg, 2012., S. 55.

⁸ Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen, Entwicklung der Arbeitslosenquote, durchschnittliches Haushaltseinkommen, Saldo der Zu- und Abwanderungen.

vanten Daten bspw. über Nachbarschaftskreise, bestehende Intergruppenbeziehungen, die Stärke lokaler Orientierungen und Bindungen ist noch zu erheben. Eine Bestandsaufnahme zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure findet sich im letzten Abschnitt.

Beschäftigungssituation

Zwischen 2001 und 2010 ist die Arbeitslosenquote in Erfurt von 16,0 Prozent auf 10,5 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Erfurterinnen und Erfurter im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) um 3,4 Prozent gesunken, wodurch trotz gesunkener Arbeitslosigkeit auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2010 um 5,1 Prozent niedriger war als 2001. Im selben Zeitraum hat die Zahl geringfügig entlohnter Beschäftigter in der Thüringer Landeshauptstadt um 54 Prozent deutlich zugenommen.

Aufgrund des demografischen Trends profitieren vor allem die 15- bis 25-Jährigen von der Entwicklung der Arbeitslosenquote. Die Anzahl erwerbsloser Jugendlicher sank zwischen 2001 und 2010 um 64,9 Prozent auf insgesamt 806 Personen.

Ende des Jahres 2010 erhielt 13,4 Prozent der Erfurter Wohnbevölkerung Transferleistungen nach SGB II. Unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren waren es 20 Prozent.⁹

Demografischer Trend

Am 31.12.2010 betrug das Durchschnittsalter der Erfurter Wohnbevölkerung 44 Jahre. Seit 2002 wächst die Bevölkerungszahl und lag 2010 erstmals seit 1998 wieder bei über 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Aufgrund niedriger Geburtenzahlen in der Kohorte der Kinder und Jugendlichen zwischen sechs und 17 Jahren wird sich der Konkurrenzdruck um Ausbildungs- und Studienplätze, gleichbleibende Rahmenbedingungen vorausgesetzt, tendenziell entspannen.

In den meisten Jahrgängen der über 17-Jährigen sind die Zuwanderungsraten höher als Abwanderungsraten. Vor allem junge Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren ziehen verstärkt zu.¹⁰

Anteil der ausländischen Bevölkerung

Die Kontakttheorie in der Rechtsextremismusforschung nimmt an, dass persönliche Beziehungen zu Menschen mit einem anderen ethnischen oder kulturellen Hintergrund die Affinität zu ausländerfeindlichen Einstellungen reduziert. Verschiedene Studien belegen den Zusammenhang.¹¹ Zu diesem Zweck kann die statistische Erfassung des Anteils der ausländischen Bevölkerung lediglich als Behelfskonstruktion angesehen werden, da Gruppen wie bspw. ausländische Studierende und Gastwissenschaftlerinnen- und wissenschaftler in der Regel nicht erfasst werden.

⁹ Vgl. Stadtverwaltung Erfurt (Hrsg.): Bildung in Erfurt 2012, Erste Befunde.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Vgl. u.a. Quent, Matthias: Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen: Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens, Magdeburg, 2012, S. 70f.

„Unter ausländischer Bevölkerung werden Personen verstanden, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern. Die Mitglieder der stationierten ausländischen Streitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen werden statistisch nicht erfasst“¹².

In dieser Quantifizierung ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Erfurt von 2002 bis 2010 um 0,8 Prozent auf 3,2 Prozent gestiegen.

Wirtschaftsstruktur

Der Status als Landeshauptstadt prägt die Beschäftigungsstruktur der Stadt Erfurt. 16 Prozent (über 15.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) sind sozialversicherungspflichtig in der Landes- und Stadtverwaltung tätig. Der überwiegende Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Erfurt ist im Dienstleistungsgewerbe tätig (83 Prozent). Danach folgen das produzierende Gewerbe und die Forstwirtschaft.

Außenwahrnehmung

Der Regierungssitz bestimmt die öffentliche und mediale Außenwahrnehmung der Stadt Erfurt. Darüber hinaus ist sie als größte Stadt im Freistaat als Ausflugs- und Shoppingziel beliebt. Auch die insgesamt über 10.000 Studierenden an der Universität und der Fachhochschule prägen die soziokulturelle Landschaft.

Segregationstendenzen

Im Kinder- und Jugendförderplan der Landeshauptstadt Erfurt 2012 bis 2014 werden soziale Entmischungsfenomene beschrieben, „d.h. Menschen mit unterschiedlichem sozialen oder ethnischen Status sind räumlich unterschiedlich verteilt und konzentrieren sich teilweise in bestimmten Stadtgebieten.“¹³ Der Anteil der Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach SGB II an der erwerbsfähigen Bevölkerung ist in den Ortsteilen Berliner Platz und Rieth mit knapp 50 Prozent am höchsten. In den Wohngebieten Roter Berg, Moskauer Platz, Johannesplatz, Wiesenhügel und Herrenberg liegt der Anteil zwischen 31 und 40 Prozent der Wohnbevölkerung.¹⁴

¹² Stadtverwaltung Erfurt 2012, S. 19.

¹³ Vgl. Stadtverwaltung Erfurt 2012.

¹⁴ Ebd.

Siedlungsstruktur

Bei den genannten Ortsteilen handelt es sich durchweg um Plattenbaugebiete, in denen es zu einer Konzentration von verstärkt desintegrationsgefährdeten Bewohnerinnen und Bewohnern kommt, die aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Lage und der Entwicklung der Mietpreise in Erfurt auf die Plattenbausiedlungen mit ihren vergleichsweise niedrigen Mieten ausweichen müssen. Es wird zu überprüfen sein, ob sich diese Segregationstendenzen auch in der Verteilung ethnischer Merkmale ausdrücken.

Rechtsextreme Einstellungen können entsprechendem Verhalten (Wahl, Mitgliedschaft, Gewalt etc.) vorgelagert sein, sie müssen aber nicht auf eine Handlungsebene transformiert werden. Lebhaft demokratische Kultur, demokratische Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote, die örtlichen Medien und Diskurse, gesellschaftlichen Eliten, Parteien, Kontrollinstitutionen und zivilgesellschaftliche Gegenkräfte besitzen das Potenzial, zwischen individueller Desintegration, Deprivation und Autoritarismus und rechtsextremem Verhalten zu moderieren.

Demokratische Parteienlandschaft

In Erfurt existieren Kreisverbände, Büros, Geschäftsstellen und parteinahe Jugendorganisationen aller im Landtag vertretenen Parteien. Die LINKE unterhält ein „offenes Jugendbüro“. Auch die Piratenpartei und ein ihr nahestehender Jugendstammtisch sind aktiv. Von 1990 bis 2006 stellte die CDU den Oberbürgermeister, seitdem die SPD.

Politische Kultur im Umgang mit Rechtsextremismus, durch:

Kommunalpolitik

Seit 2002 gibt es in Erfurt das Konzept des „Bürgertisches für Demokratie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“, an dem sich der Stadtrat bei all seinen Entscheidungen orientiert. Dem Bürgertisch geht es zum einen darum, wünschenswerte Entwicklungen in Bezug auf Toleranz, Gewaltlosigkeit und sozialen Frieden zu skizzieren und zum anderen die gemeinsame Verantwortung möglichst vieler in Erfurt agierender Kräfte zu stärken.

Alle Fraktionen im Erfurter Stadtrat beziehen gemeinsam Position gegen Rechtsextremismus. In der vom Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden unterzeichneten Erklärung „Erfurt - bunt, tolerant und weltoffen. Kein Platz für Nazis!“ vom 25. August 2009 heißt es:

„Wir setzen unseren Widerstand konsequent allen Aktivitäten rechtsextremistischer Kräfte entgegen, werden wir den reichen Schatz der Vielfalt und des bürgerschaftlichen Engagements mehr und zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen Offenheit und Respekt befördern, wollen wir mit unserer täglichen Arbeit dazu beitragen, in Erfurt eine herzliche Atmosphäre zu gestalten, in der sich die Erfurterinnen, Erfurter und Gäste aus aller Welt willkommen fühlen, werden wir Menschen ermutigen, einander zu begegnen, voneinander Toleranz zu lernen und sich miteinander für Frieden und Menschenrechte einzusetzen, werden wir die Erinnerung an den Kampf um Demokratie und an den

Mut, gegen menschenverachtende Ideologien vorzugehen, lebendig halten werden wir neugierig, selbstbewusst und kritisch das gesellschaftliche Miteinander mit Toleranz und Achtung voneinander voranbringen. Bewusst lehnen wir dabei all das ab, was offen oder versteckt Gewalt, Hass und Menschenverachtung in sich trägt, werden wir uns einmischen, wenn Menschen ausgegrenzt, diskriminiert oder bedroht werden, damit ein friedliches und partnerschaftliches Miteinander verschiedener Lebensweisen zur Normalität in unserer Stadt werden kann.¹⁵

In einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionen der demokratischen Parteien im Erfurter Stadtrat anlässlich eines Überfalls extrem Rechter auf Ausstellungsbesucherinnen und -besucher im Kunsthaus Erfurt am 13.07.2012 verurteilen die Parteien die Tat und erklären:

„Uns stimmt nachdenklich, dass sich In letzter Zeit derartige Vorfälle in der Innenstadt Erfurts häufen. In den Medien wird vom dritten rechten Übergriff in den vergangenen Wochen berichtet. Wir erwarten von der Leitung der Stadtverwaltung, der Verwaltung selbst und der Polizei ein gemeinsames und konsequentes Vorgehen gegen Neonazis, rechte und rassistische Gewalt sowie deren öffentliches Auftreten. Das vielfältige kulturelle Leben der Stadt darf nicht durch rechtsradikale und gewalttätige Übergriffe gefährdet werden. Vereine, Verbände, öffentliche Institutionen und Gesellschaft rufen wir auf, sich gemeinsam gegen derartige Tendenzen entschieden zur Wehr zu setzen.“¹⁶

Institutionen

Der Umgang der städtischen Institutionen im Umgang mit Rechtsextremismus bedarf einer näheren Untersuchung. Erwähnenswert ist eine 2007/2008 durchgeführte Fortbildungsmaßnahme mehrerer Hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zum Thema unter dem Titel „Gegen Rechtsextremismus“. Zum polizeilichen Umgang mit Gewalttaten durch Neonazis siehe Kapitel 5.6.

Mediale Öffentlichkeit

Den Umgang der Lokalmedien mit Rechtsextremismus ist noch auf einer breiteren Datengrundlage zu betrachten. Im Juli und August 2012 berichteten die Lokalredaktionen der TLZ und der TA breit über rechtsextreme Vorfälle und Gegenmaßnahmen in der Stadt. Im Fokus stand dabei stets der organisiert oder gewaltförmig auftretende Rechtsextremismus.

Zivilgesellschaft

Wenn rechtsextreme Aktivitäten öffentlich werden, reagiert die ausdifferenzierte Zivilgesellschaft der Landeshauptstadt vielfältig. Das Aktionsspektrum beinhaltet Diskussions- und Bildungsangebote, Kirchveranstaltungen und Volksfeste, Demonstrationen, Blockaden und Aktionen des autonomen Antifaspektrums. Differenzierte Informationen zu Akteurinnen und Akteuren, Angeboten und Beteiligungsgrad werden in Kapitel sieben dargelegt.

¹⁵ Erklärung der Erfurter Stadtratsfraktionen: „Erfurt – bunt, tolerant und weltoffen. Kein Platz für Nazis!“, http://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/sv/2009/3/print_33603.shtml, eingesehen am 03.09.2012.

¹⁶ SPD Ratsfraktion: Gemeinsame Erklärung, <http://www.spd-erfurt.de/themen/ratsfraktion/>, eingesehen am 03.09.2012.

Öffentliche Diskussionskultur

In der Landeshauptstadt fanden in der Vergangenheit zahlreiche politische Demonstrationen und Kampagnen statt, bspw. von der Hausbesetzerszene, gegen den Papstbesuch, Tierrechtsdemonstrationen uvm.

4. Angebote der extremen Rechten in Erfurt

Peter Schulz

Die Erfassung der Angebotsstrukturen des organisierten Rechtsextremismus zielt sowohl auf die organisatorischen Strukturen der RechtsextremistInnen im lokalen Kontext als auch auf die Formen und Inhalte ihrer Aktivität, die auf Rekrutierung, Stabilisierung und Ausbau ihrer Aktionsfähigkeit zielen. Ihr Ziel ist letztendlich eine „kulturelle Hegemonie“, um eine „revolutionäre Situation ... zugunsten eines autoritären, völkischen Systems“ zu schaffen¹⁷. Das Spektrum der Angebotsstruktur reicht dabei von Postwurfsendungen, Infoständen, Wortergreifungsaktionen über Veranstaltungen bis hin zum Schaffen von Treffpunkten und anderen Szene-Immobilien.

Für die Erfassung der organisatorischen Strukturen bietet es sich an, grob einen dreigeteilten Blick auf den Rechtsextremismus zu werfen, indem anhand von Aktions- und Organisationsformen zwischen **formell und informell organisiertem Rechtsextremismus** unterschieden wird¹⁸, und als drittes Feld **organisierte AkteurInnen im sub- und jugendkulturellen Feld** betrachtet werden. Diese die Angebotsstrukturen strukturierende Betrachtung ist trotz der personellen und strukturellen Überschneidungen etwa zwischen NPD und Kameradschaftsszene sinnvoll, da neben den Vergemeinschaftungsformen auch die Strategien der AkteurInnen unterschiedliche sind – je nachdem, ob sie ihre Erfolge in Wahlergebnissen, dem Schaffen von Angstzonen, Verkaufszahlen von Tonträgern o.a. sehen – und diese unterschiedlichen Strategien in unterschiedlichen Kontexten zu verschiedenen Geländegewinnen führen können.

Das Feld des formell organisierten Rechtsextremismus umfasst neben rechtsextremen Parteien auch über Satzungsstrukturen und Mitgliedschaft organisierte Gruppierungen wie etwa Burschenschaften und vereinsförmige Bürgerinitiativen.

Im Feld des informell organisierten Rechtsextremismus lassen sich die AkteurInnen schwerer bestimmen, da förmliche Strukturen und Mitgliedschaften im Hinblick auf polizeiliche Ermittlungen vermieden und teils auch inhaltlich abgelehnt werden. Zudem ist die organisatorische und personelle Fluktuation in diesem Bereich deutlich höher.

¹⁷ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm et.al. (2009): Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund. Bielefeld: Selbstverlag, S. 11.

¹⁸ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm et.al. (2010): Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden. Bielefeld: Selbstverlag, S. 21.

Ebenfalls hier zu betrachten ist, inwiefern es Konflikte sowohl zu den AkteurInnen der Parteien gibt, insb. der NPD, sowie, inwiefern innerhalb des Feldes unterschiedliche Ansätze zu Spannungen führen, etwa zwischen völkisch-nationalistischen Kameradschaften und den sog. „Autonomen Nationalisten“, die bundesweit zu Auseinandersetzungen innerhalb des Rechtsextremismus führen.¹⁹

Das dritte Feld sind die Akteurinnen und Akteure rechtsextremer Jugend- und Subkultur. Jugend- und Subkulturen zählen selbst nicht zu den Angebotsstrukturen, auch wenn von rechtsextremistischen Cliques ein spontanes Gefahrenpotenzial ausgehen kann. Im Regelfall aber wird keine kontinuierliche politische Arbeit durchgeführt, auch ihr Vorhandensein muss nicht auf Angebote des organisierten Rechtsextremismus zurückgehen.²⁰ Dennoch bieten AkteurInnen des Rechtsextremismus gezielt Angebote für rechtsextremistische Jugend- und Subkulturen an, besonders im wichtigen Bereich der rechtsextremen Musik. Das Schaffen von Infrastruktur, etwa in Form von Läden für Szenebekleidung oder Veranstaltungsorten und Treffpunkten gehört ebenfalls in dieses Feld.

4.1 Formell organisierter Rechtsextremismus in Erfurt

Matthias Quent

Wahlparteien stellen klassische formell organisierte Strukturen im rechtsextremen Spektrum dar. Nach der deutschen Vereinigung versuchten verschiedene extrem rechte Parteien in Thüringen Fuß zu fassen²¹, doch die Wenigsten konnten erfolgreich Neonazis fest organisieren. Skinheadcliques und neonazistische Kameradschaften waren für viele junge RechtsextremistInnen attraktiver. In Thüringen sind die rechtspopulistischen REPUBLIKANER, die nationalistische DEUTSCHE PARTEI sowie die DVU und die NPD zu Wahlen angetreten. Bis auf letztere sind diese derzeit nicht wahrnehmbar (REP), nicht existent (DP) oder sind in die NPD übergegangen (DVU). Aufgrund der inhaltlichen Radikalisierung und der Öffnung der Partei gegenüber Neonazis und rechten Subkulturen wird die NPD seit 1997 als offen systemfeindlich eingeschätzt.²² Vereinzelt sind Bestrebungen von RechtsextremistInnen zu beobachten, lokale Splitterparteien zu gründen, etwa in Hildburghausen (BZH) und Erfurt (PRO ERFURT).

NPD

Vorsitzender des „NPD Kreisverband Erfurt-Sömmerda“ und Mitglied des Stadtrates ist der 68-jährige Frank Schwerdt, der bis 2012 langjähriger Vorsitzender des NPD-Landesverbandes in Thüringen war und noch stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Der 1977 geborene Renè Zimmermann ist

¹⁹ Vgl. Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.) (2011): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften., beispielhaft Heitmeyer 2009, S. 19.

²⁰ Vgl. Farin, Klaus (2010): Unter Kameraden. In: ZJJ - Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe. 2010, S. 124-130 (Heft 2), S. 124.

²¹ Vgl. Quent, Matthias: Die extreme Rechte in Thüringen, in: Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen/Nip-Redaktionskollektiv: Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt, 2011.

²² Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin, 2010.

stellvertretender Kreisvorsitzender, Jens Zschirpe (*1979) ist Schatzmeister und Kevin Dewaldt (*1986) Beisitzer. Parteieigene Räumlichkeiten der NPD sind in Erfurt nicht bekannt.

Erst auf dem zweiten Blick als NPD-Werbung zu erkennen ist die von der Partei in Erfurt im Internet und durch Postwurfsendungen verbreitete Minizeitung namens „Bürgerstimme“. Es handelt sich um eine thüringenweit verteilte Regionalzeitung mit offen ausländerfeindlichen und populistischen Beiträgen. Auf der ersten und letzten Seite werden lokale Themen aufgegriffen, der Innenteil ist landesweit identisch. Zudem sind die Artikel auf der Internetseite des Kreisverbandes ohne Verweis auf die „Bürgerstimme“ abgebildet. Alle Beiträge werden von einer Landesredaktion verfasst, die im Wesentlichen aus Thüringer NPD-Funktionären besteht. Insgesamt wurden bisher 15 Ausgaben verbreitet. Immer wiederkehrende und klassisch rechtsextreme Themen sind die Hetze gegen Ausländerinnen und Ausländer und andere Kulturen, vermeintliche Benachteiligung der Deutschen und die Konstruktion einer sog. linken Meinungsdictatur.

Die Landeshauptstadt wird immer wieder zum Aufmarschgebiet übergeordneter Gliederungen der NPD: Im August 2012 war Erfurt eine Etappe der bundesweiten „Deutschlandfahrt“ der NPD. Der NPD-Landesverband hat für den 20.09.2012 zum wiederholten Male eine Kundgebung vor dem Thüringer Landtag angemeldet. Im Aufruf heißt es: „Wenn wir am Donnerstag, den 20. September, vor dem Landtag demonstrieren, debattieren die Landtagsfraktionen im Plenum. Wir reißen die Damen und Herren aus ihrem politischen Alltag und zeigen ihnen auf, wo die politischen Prioritäten liegen müßten.“²³

Andere extrem rechte Parteien

Im Zusammenhang mit den Landtagswahlen 2009 waren in Erfurt neben der NPD auch die DVU und die REPUBLIKANER öffentlich präsent, sind seitdem jedoch nicht wieder aufgetreten.

Die 2010 gegründete Partei „Die Freiheit“ bezieht sich auf die demokratische Grundordnung, sieht sich aber v.a. aufgrund ihrer Anti-Islam-Haltung dem Vorwurf des Rechtspopulismus ausgesetzt. Eine Einordnung fällt auch deshalb schwer, weil die internen Richtungskämpfe der Partei nicht entschieden sind. Der Thüringer Landesverband hat seine Geschäftsstelle in Jena und führt in Erfurt regelmäßige Treffen durch.

Vereine

Der Rechtsextremist Kai Uwe Trinkaus (aus Friedersdorf, Ilm-Kreis) trat in Erfurt mit wechselnden Organisationen in Erscheinung (u.a. NPD und DVU) und ist Inhaber der Internetdomain „speicher18.de“, die unter anderem den Onlineauftritt von „**Pro Erfurt e.V.**“ beherbergt. „18“ ist ein

²³ <http://www.npd-thueringen.de/?p=1767>, eingesehen am 13.8.2012 (Fehler im Original).

bei der extremen Rechten beliebter Zahlencode für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet (AH) und steht für Adolf Hitler.

Trinkaus engagiert sich im Vorstand von „Pro Erfurt e.V.“, einem in Anlehnung an die extrem rechte Pro-Bewegung²⁴ gegründeten Verein, hinter dem in der Landeshauptstadt vor allem ehemalige Erfurter NPD-Funktionäre und Neonazis stehen. Als Geschäftsstelle wird die Adresse Carl-Zeiß-Straße 37 in Erfurt angegeben. Seit Juli 2012 existiert die Jugendgruppe „Jugend pro Erfurt“, die von dem Pro-Erfurt-Vorstandsmitglied Enrico Biczysko angeführt wird, der in Erfurt als rechtsextremer Hooligan der Gruppe „Kategorie Erfurt“ (KEF) bekannt ist. Bei den Oberbürgermeisterwahlen 2012 in Erfurt stellte Pro-Erfurt Christoph Pilch auf, der sich im Internet mit SS- und Reichskriegssymbolen präsentierte, jedoch nicht die nötigen Unterstützungsunterschriften erlangte, um auf den Wahlzetteln zu erscheinen. Als Partner werden die rechtsextreme und offen antiamerikanisch und antisemitisch auftretende „Europäische Aktion“ und die rechtsextreme „Wählergemeinschaft Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) angeführt. Pro-Erfurt präsentiert sich vor allem im Internet, bei Facebook, Twitter und Youtube. Der Verein greift typische rechtsextreme Themen und Sprachmuster auf, beispielsweise „Erfurt kontra Kinderschänder“. Da der Verein ein Ergebnis von Streitigkeiten und Abspaltung der NPD ist, ist keine Kooperation zwischen „Pro Erfurt e.V.“ und dem Kreisverband der NPD zu beobachten. Nach eigenen Angaben existiert zudem der Verein „Pro Thüringen e.V.“, dessen Internetseite ebenfalls auf Trinkaus angemeldet ist.

In der Vergangenheit versuchten RechtsextremistInnen in Erfurt zudem, zunächst unverdächtig wirkende Vereine zu gründen, um ihre Reichweite in die bürgerliche Gesellschaft zu erhöhen und feste, formelle Organisationen zu gründen (bspw. „Schöner Leben in Erfurt e.V.“, „Deutsch-Russische Friedensbewegung – Europäischen Geistes e.V.“) bzw. durch Engagement in bestehenden Initiativen Einfluss zu erlangen („Verein zur Erhaltung des Erfurter Nordbades“). Inwieweit solche Bestrebungen aktuell zur Strategie der extrem Rechten in Erfurt zählen und ob sie in diesem Rahmen bereits Erfolge erzielen konnten, ist zu untersuchen.

4.2 Informell organisierter Rechtsextremismus

Die Neonazi-Szene reagierte bundesweit mit den Gründungen Freier Kameradschaften auf eine staatliche Repressions- und Verbotschwelle in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Richtungsweisend waren linke außerparlamentarische Gruppen. Deren Vorbild folgend hoffte man, durch den Verzicht auf Parteibücher und Mitgliedsausweise für staatliche Repression weniger angreifbar zu sein.²⁵ Auch

²⁴ Ohne erkennbare organisatorische Zusammenarbeit. Zur Pro-Bewegung vgl. u.a. Häusler, Alexander/ Stollreiter, Susanne (Hrsg.): Die „PRO-Bewegung“ und der antimuslimische Kulturrassismus von Rechtsaußen. In: Expertisen für Demokratie. 2011, Nr. 1, FES Forum, Berlin 2011.

²⁵ Vgl. Schedler, Jan: ‚Modernisierte Antimoderne‘: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990-2010, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hrsg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. Wiesbaden, 2011, S. 18.

in Thüringen entwickelten sich die Kameradschaften²⁶ neben der NPD zur zentralen Organisationsform der extremen Rechten.

Die „**Freien Kräfte Erfurt**“ (FKE)²⁷ stehen dem Verein „Pro Erfurt e.V.“ nahe, arbeiten eng mit Neonazis aus Weimar bzw. dem Weimarer Land zusammen und treten insbesondere im Rahmen von öffentlichen Versammlungen (Kundgebungen und Kinderfesten zu denen auch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr erschienen) sowie Flugblattaktionen in Erscheinung. Der Thüringer Verfassungsschutz gibt die Zahl der Mitglieder mit 20-30 an.²⁸ Verweise zur NPD finden sich auf der Internetpräsenz der FKE nicht. Im Gegensatz dazu wirbt das „**Aktionsbündnis Erfurt**“ (AB Erfurt), welches vom Thüringer Innenminister als lockerer Personenzusammenschluss eingeschätzt wird, für die NPD und ihre Veranstaltungen.

4.3 AkteurInnen rechtsextremer Sub- und Jugendkultur

Bands

Dem Raum Erfurt werden verschiedene Rechtsrockbands zugeordnet, auch wenn deren Mitglieder zum Teil aus umliegenden Gemeinden stammen, wie bei der seit Jahren aktiven Gruppe „**PAK 88**“. Der Name der Skinheadband setzt sich aus der Bezeichnung einer deutschen Panzerabwehrkanone der Wehrmacht und dem Zahlencode 88 (HH = Heil Hitler) zusammen, die Band tritt vor allem bei klandestin organisierten Konzerten in Thüringen auf. Daneben existiert die Erfurt Gruppe „**Last Man Standing**“.

Szeneläden

Während 2009 in Erfurt noch drei Läden mit eindeutig rechtsextremem Hintergrund existierten, vertreibt derzeit nur noch der Laden „Trondheim“ in der zentralen Neuwerkstraße rechtsextreme Kleidung und Devotionalien. Das 2009 eröffnete Geschäft wird auf der Website der rechtsextremen Szene-Marke „Thor Steinar“ als eine von derzeit bundesweit 13 Filialen geführt.

Verbindungen in die Fußball-Szene

Einzelne Fangruppen des FC Rot-Weiß Erfurt sind dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen, wie das Fanprojekt Erfurt berichtet. Es nennt im Besonderen die 30-50 Personen umfassende Gruppe „Kategorie Erfurt“ (KEF). Aus deren Reihen sind mehrere rechtsextrem motivierte Gewalttaten dokumentiert. Das Deutschrap-Lied „Rot-Weiße Mörder 2“ von KEF mit „ECE, SoM, Baggio one & Hirnspalt“ wird unter anderem über Youtube und Myplace verbreitet. Im Text heißt es zwischen detaillierten Gewaltdarstellungen auch: „Zeiss-Schwein, Zeiss-Schwein verrecke – du blau-gelb-weiße

²⁶ Auch „Freie Kräfte“ oder „Freie Nationalisten“.

²⁷ Auch: „Freies Netz Erfurt“ oder „Aktionsgruppe Erfurt“.

²⁸ Vgl. Thüringer Innenministerium (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2011, S. 34.

Zecke²⁹, du wirst verrecken, wenn ich dich entdecke, bleibst du auf der Strecke ...“. Die KEF ist für den „Gewalttäter Cup Sport 2011“, ein Fußballturnier, an dem auch andere rechtsextreme Hooligangruppen teilnahmen, verantwortlich. 2009 wurde das Gebäude des Jenaer Fanprojekts mit Hakenkreuzen, antisemitischen und neonazistischen Slogans besprüht, die mit dem Kürzel „KEF“ unterzeichnet waren. Mitglieder wurden im Februar 2012 in Weimar gesichtet bei einer extrem rechten Demonstration, die u.a. von der „Aktionsgruppe Erfurt“ unterstützt wurde.

5. Geländegewinne

Unter anderem verwendete Richard Stöss³⁰ die begriffliche Trennung von „Angebot“ und „Nachfrage“, um Entwicklung und Stärke des Rechtsextremismus zu analysieren. Unter Nachfrage fasst er rechtsextreme Einstellungen und Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien. Ich halte den Begriff jedoch für suboptimal, da er eine direkte und enge Beziehung mit den Angebotsstrukturen des organisierten Rechtsextremismus suggeriert. Ob und wie stark eine Korrelation zwischen *Angebot und Nachfrage* im lokalen Kontext festzustellen ist, sollte ein Ergebnis der Untersuchung, nicht aber eine Vorannahme sein. Borstel hat den eindeutigeren Begriff der „Geländegewinne“ vorgeschlagen:

„Die Kategorie des „Geländegewinns“ ist wissenschaftlich noch nicht eingeführt. Hier soll darunter ein Machtgewinn der rechtsextremen Seite gegenüber der Demokratie verstanden werden. Die Macht kann dabei struktureller, ökonomischer, kultureller oder auch diskursiver Natur sein. Zu fragen ist, welche rechtsextremen Strategien konnten Erfolge vorweisen und welche nicht? Und: Wie sind die Gewinne qualitativ zu bewerten? Dazu gibt es generell zwei Perspektiven, die zu beachten sind. Zum einen ist nach den eigenen Zielen der Akteure und deren Erreichung zu fragen. Zum anderen ist zu klären, ob es – trotz möglicherweise nicht erreichter, eigener Ziele – dennoch einen objektivierbaren Machtgewinn gibt.“³¹

Da sich die Ziele von RechtsextremistInnen zum Teil unterscheiden, oft chiffriert und fast immer von Größenwahn geprägt sind, bieten sich diese Ziele im Rahmen unserer Untersuchung nicht als Maßstab für den „Geländegewinn“ an. Die zweite im Zitat aufgemachte Perspektive, welche nach objektivierbaren Machtgewinnen fragt, ist für das Ziel einer vergleichbaren Bestandsaufnahme besser geeignet.

Folgende Elemente rechtsextremer Geländegewinne sind zu kategorisieren:

- rechtsextreme Einstellungen³²
- „Freie Kameradschaften“ / militanter Neonazismus
- rechtsextreme Parteien
- rechtsextrem orientierte Jugendkultur
- Neue Rechte, Rechtspopulismus & Sonstiges

²⁹ Mit dem Begriff „Zecke“ titulierte die extreme Rechte (vermeintliche) Angehörige der politischen Linken.

³⁰ Vgl. Stöss, Richard: Neuere Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland. Ein Überblick ZJJ 2010, 113 (Heft 2), S. 116–123.

³¹ Borstel, Dierk: Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge, in: Stephan Braun u.a. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten, Wiesbaden, 2009, S. 58–74, S. 61.

³² Nach Decker/Brähler 2006.

5.1 Rechtsextreme Einstellungen

Rechtsextreme Orientierungen werden in der Einstellungsforschung häufig wie folgt definiert:³³

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“³⁴

Vor allem aufgrund des aufwendigen Messverfahrens existieren nur wenige quantitative Befunde über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im mikroregionalen Kontext. Meist stehen nur Vergleichswerte zwischen Ost- und Westdeutschland, zum Teil zwischen den Bundesländern zur Verfügung. Mit dem Thüringen Monitor³⁵ und meiner Untersuchung zur Verbreitung und zu Ursachen rechtsextremer Einstellungen in unterschiedlichen sozio-ökonomischen Regionen Hessens und Thüringens liegen zumindest Hinweise über die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen auf Kreisebene vor. Letztlich ist jedoch auch dies nicht kleinteilig genug: Durch Segregation, unterschiedliche soziale und demografische Zusammensetzung ist zu vermuten, dass in (Groß)Städten auch zwischen den Ortsteilen bedeutsame Unterschiede existieren.

Im Mittel der über eine Zeitspanne von acht Jahren aggregierten Daten teilen 17,8 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer ein rechtsextremes Weltbild. Mit einem Anteil Rechtsextremer zwischen 15–20 Prozent liegt die kreisfreie Stadt Erfurt im Bereich des Landesdurchschnitts, wie auch der Mittelwertvergleich der Rechtsextremismus-Belastung unter Thüringer Regionen bestätigt.³⁶

5.2 Geländegewinne parlamentarischer Bestrebungen

Nachdem die Fünfprozenthürde für Kommunalparlamente abgeschafft wurde, konnte die NPD beim erstmaligen Antritt zu den Erfurter Stadtratswahlen 2009 zwar nur 2,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, dies genügte jedoch, um den Rechtsextremisten Frank Schwerdt in den Stadtrat zu entsenden.

Bei Landtagswahlen konnten rechtsextreme Parteien in den Erfurter Wahlbezirken seit 1994 auf niedrigem Niveau insgesamt zulegen (vgl. Abbildung 2). Dabei ist vor allem eine wachsende Bedeutung der NPD zu beobachten, die ihr Wahlergebnis innerhalb von zehn Jahren von 0,1 Prozent (1999) auf 3,3 Prozent (2009) verbessern konnte, wobei der größte Gewinn bei den Wahlen 2009 eintrat (vgl.

³³ Dieses Verständnis liegt u.a. auch dem Thüringen Monitor zugrunde.

³⁴ Decker/Brähler et al 2006, S. 20.

³⁵ Dazu wurden die erhobenen Daten mit Informationen zur Herkunft der Befragten auf Kreisebene zwischen 2002 und 2010 zusammengefasst. Aufgrund dieser Konzentration sollten die Daten vor dem Hintergrund sich im Zeitverlauf verändernder Einstellungspotenziale mit Vorsicht interpretiert werden. Vgl. Edinger, Michael/ Gerstenhauer, Daniel/ Schmitt, Karl: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2010, Jena, 2010, S. 93.

³⁶ Quent 2012.

Abbildung 1). Der allgemeine Landestrend steigender Wahlergebnisse spiegelt sich somit auch in Erfurt wieder.

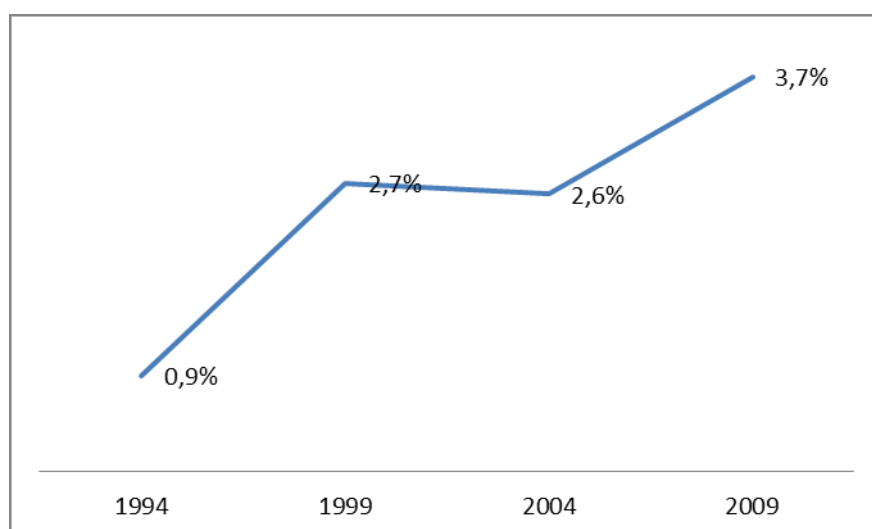
Schwerer als die quantitative wiegt die qualitative Entwicklung hin zur hegemonialen Stellung der NPD, die im Gegensatz zu REP und DVU aggressiv systemfeindlich und offen neonazistisch agiert.

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien bei Landtagswahlen in Erfurt

	1994	1999	2004	2009
REP	0,9%	0,6%	1,7%	0,4%
NPD	-	0,1%	0,9%	3,3%
DVU	-	2,0%	-	-

Quelle: Landeswahlleiter/eigene Darstellung

Abbildung 2: Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien bei Landtagswahlen im Kreis Erfurt (summiert)



Quelle: Landeswahlleiter/eigene Darstellung

5.3 Jugendkultur

Die Stellungnahmen der Erfurter Jugendeinrichtungen zum Rechtsextremismus erlauben einen Einblick in die Rechtsextremismus-Affinität unter Erfurter Jugendlichen, soweit die MitarbeiterInnen damit in Berührung kommen.³⁷ Die Materialsammlung des Jugendamtes kann direkte Gespräche bzw. Fokusgruppendifkussionen mit Jugendlichen nicht ersetzen, da deren direkter Erfahrungshorizont über konkrete Einrichtungen hinaus reicht (Schule, Verein, Freizeit usw.). Nur die wenigsten MultiplikatorInnen berichten von rechtsextremer Gewalt, Symbolen oder dem Auftreten von Organisationsstrukturen – die wenigen Beispiele werden im Folgenden dargestellt.

³⁷ Zuarbeit des Jugendamtes, 2011.

Das Jugendhaus „Erfurter Brücke“ registrierte 2011 in zwei Fällen Symbole mit Bezug zum Nationalsozialismus (z.B. Hakenkreuz). In berufsorientierenden Seminaren werden vereinzelt rechtsextreme Kleidungsstücke und Accessoires festgestellt. Einige Schülerinnen und Schüler hören zudem regelmäßig rechte Musik.

Die Streetwork Bereich Erfurt Nord berichtet über erwachsene, teilweise äußerlich erkennbare RechtsextremistInnen, die sich aber nur selten auf Gespräche einlassen. Auch die Streetwork Erfurt Ost berichtet vor allem über erwachsene Rechtsextremisten. Jugendliche Rechte, vor allem rechte Hooligans, werden im Stadtteil Krämpfervorstadt beobachtet. Seit dem Trägerwechsel 2008 ist im Jugendhaus Domizil ein starker Rückgang von (politischen) Aufklebern festzustellen. Lediglich einige „KEF“-Schmierereien außerhalb des Hauses wurden mitgeteilt. Die Musik Fabrik Erfurt stellt jugendliche Besucher aus der Hooligan-Szene fest. Da diese sich weder rechts äußern würden noch gegen Hausregeln verstoßen, werden sie geduldet.

Im Fanumfeld des FC Rot-Weiß Erfurt finden sich – ohne lange zu suchen – antisemitische Tendenzen, zum Beispiel als Kommentare auf der offiziellen Facebook-Seite des Vereins (vgl. Abbildung 3). Vor allem, um die Fans des Erzrivalen „Carl Zeiss Jena“ zu beleidigen, wird auch auf rechtsextreme Metaphern zurückgegriffen.³⁸

Abbildung 3: Antisemitischer Kommentar auf der Facebook-Seite des FC RWE



5.4 Mobilisierungs- und Aktionspotenzial

Die extreme Rechte bedient sich in der Landeshauptstadt verschiedener Aktionsform. Neben Kinderfesten, Kundgebungen, Infoständen, (Spontan)Demonstrationen, Aufklebern, Flugblatt- und öffentlichen Traueraktionen bspw. mit Kerzen versucht die extreme Rechte auch parlamentarisch in Erscheinung zu treten (Bürgermeisterkandidat, Stadtratsabgeordneter). In die Schlagzeilen geriet die Landeshauptstadt zuletzt aufgrund der sich häufenden gewaltförmigen Aktivitäten.

5.5 Gewalt von RechtsextremistInnen

Bezogen auf den Landesdurchschnitt stellte Edinger bereits 2010 eine „weit überproportionale Belastung mit rechtsextremen Straftaten“ für Erfurt fest.³⁹

Die Chronik der Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt „EZRA“⁴⁰ führt 2010 zwei und 2011 neun Vorfälle auf. Für das Jahr 2012 wurden bis Ende August bereits neun Übergriffe gezählt:

³⁸ Kommentar und Screenshot vom 28.08.2012.

³⁹ Vgl. Edinger, Michael: Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung, Jena, 2010, S. 44.

- Im Januar wurde ein türkischer Student von Unbekannten angegriffen, weil er ein Telefonat auf Türkisch führte.
- Ebenfalls im Januar versuchten zwei männliche Personen mit rechtsextremem Erscheinungsbild, einen Mann in der Erfurter Innenstadt tätlich anzugreifen. Eine Passantin verhinderte die Attacke, indem sie sich schützend vor das potenzielle Opfer stellte. Bevor die beiden Angreifer den Ort verließen, wurde die couragierte Frau sexistisch beleidigt.
- In der Nacht vom 15.06. auf den 16.06. kam es in Erfurt zu einem Angriff von etwa 15 bis 20 Nazis auf BesucherInnen der Geburtstagsveranstaltung des Bildungskollektiv e.V., die in der „Offenen Arbeit“ stattfand. Die angegriffenen Personen konnten sich nach dem Angriff auf das Gelände der „Offenen Arbeit“ zurückziehen und wurden von den äußerst aggressiven Nazis verfolgt.
- Während eines „Public Viewing“ der Fußballeuropameisterschaft im Erfurter Stadtgarten kam es am 28. Juni zu Beschimpfungen und Rängeleien. Die rechten Fußballfans riefen verschiedene Parolen wie z.B. „Alles außer Deutschland ist Scheiße“ und „Sieg Heil“. Außerdem wurde der Hitlergruß gezeigt. Jugendliche, die sich gegen die Parolen wandten, wurden aufgefordert mit nach draußen zu gehen, um sich einem „Kampf Mann gegen Mann“ zu stellen. Einer der Bedrohten wurde mit einem Kopfstoß angegriffen. Ein Mitarbeiter des zuständigen Security-Dienstes, der eingreifen wollte, wurde mit der Faust ins Gesicht geschlagen.
- Am späten Abend des 13. Juli provozierte eine Gruppe Neonazis BesucherInnen der Ausstellungseröffnung „Miss Painting“ im Erfurter Kunsthaus mit Naziparolen und „Sieg Heil“-Rufen und griff die BesucherInnen und BetreiberInnen des Kunsthauses brutal an. Der Kurator der Ausstellung wurde von mehreren Personen zusammengeschlagen, dabei wurde ihm das Nasenbein gebrochen. Der Leiterin der Einrichtung wurde eine volle Bierflasche auf dem Kopf zerschlagen. Einer auf dem Heimweg befindlichen Besucherin wurde im Beisein ihres Kindes ihr Kopf auf den Autokühler geschlagen, andere BesucherInnen durch Flaschen verletzt. Nach drei weiteren Notrufen bei der Polizei kam ein Einsatzwagen und nahm die Verfolgung der in Richtung Augustinerstraße geflohenen TäterInnen auf. Dabei kam es zu einer erneuten Eskalation und einem Angriff auf die Polizei, wobei eine Polizeibeamtin schwer verletzt wurde. Alle acht rechten AngreiferInnen, darunter zwei Frauen, wurden gefasst, erkennungsdienstlich behandelt und danach auf freien Fuß gesetzt.⁴¹
- Ende Juli meldete die TLZ einen Angriff von offensichtlich rechtsextremen Personen am Anger auf eine Gruppe von fünf Studierenden. Trotz des Zeigens des Hitlergrußes geht die Polizei nicht von einer rechtsextremen Tat aus.
- Für den 22. August meldete die Polizei einen Streit im Bereich Puschkinstraße/Dalbergsweg, nach dem eine Frau (24) und ein Mann (25) mit leichten Verletzungen ins Krankenhaus

⁴⁰ Vgl. <http://www.ezra.de/chronik/>; früher THO (Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt).

⁴¹ Ebd., eingesehen am 24.08.2012.

mussten. Die Polizei nahm sechs stark alkoholisierte Verdächtige im Alter von 15 bis 25 Jahren fest, die Bezüge zur rechten Szene haben.

- Am 29. August haben drei Personen – darunter laut Polizeiangaben zwei Rechtsextreme – gegen 22.50 Uhr mehrere 17-jährige Jugendliche auf dem Petersberg angegriffen. Mindestens fünf der Jugendlichen wurden bei der Attacke verletzt. Die drei Männer im Alter von 22 bis 29 Jahren griffen die Jugendlichen an, traten und schlugen auf sie ein.⁴²
- Am Morgen des 1. September bedrohte ein stark alkoholisierter 17-jähriger Neonazi einen Gleichaltrigen und griff ihn mit einem Messer an. Der Betroffene konnte den Angriff abwehren und blieb unverletzt.⁴³

Die (bekannt gewordenen) Vorfälle konzentrieren sich auf den belebten Bereich der Innenstadt. Ob dieses Gewaltpotenzial Personengruppen veranlasst, bestimmte Orte zu bestimmten Zeiten aus Angst zu vermeiden, wird ein Gegenstand der zu erarbeitenden ausführlichen Darstellung sein.

Gewalt ist nach der Auffassung vieler Forscherinnen und Forscher integraler Bestandteil des Rechtsextremismus. Wird rechtsextreme Gewalt gebilligt, bagatellisiert oder ignoriert, bedeutet das nicht nur, dass Opfer allein gelassen werden, sondern begünstigt auch die schleichende Normalisierung des Rechtsextremismus. Für dessen Akteurinnen und Akteure ist die Frage nach Formen und Intensität von Gewalt allenfalls eine strategische – bis hin zum Terrorismus.⁴⁴ Rechtsextreme Gewalt ist zu verstehen als „ein ideologisch und sozialpsychologisch gegründeter Handlungskomplex, der motivational aus weltbildlichen Definitionen entspringt und im Sinne des Rechtsextremismus intendiert und funktional ist“⁴⁵. Es handelt sich dabei nicht um einen entpolitisierten „Kampf rivalisierender Jugendbanden“, sondern ein „ideologisch gegründeter Kampf gegen ‚Feinde‘ um Raumordnung“⁴⁶.

Der Report „Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren“ der Amadeu-Antonio-Stiftung sorgte jüngst für Schlagzeilen, weil darin „vielen Städten“ eine „Kultur des Wegschauens“ und die „Verschleierung der politischen Motive von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ durch Polizei und Strafverfolgungsbehörden bescheinigt wird.⁴⁷ Das habe sich, so eine Expertin der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Thüringen, „auch nach dem Auffliegen des NSU keinesfalls geändert“⁴⁸. Zweifelhafte polizeiliche Reaktionen auf die zahl-

⁴² Vgl. TLZ: Drei Schläger griffen auf Petersberg in Erfurt Jugendliche an, TLZ, <http://erfurt.tlz.de/web/lokal/leben/blaulicht/detail/-/specific/Drei-Schlaeger-griffen-auf-Petersberg-in-Erfurt-Jugendliche-an-612974319>, eingesehen am 03.09.2012.

⁴³ Vgl. TLZ: 18-jähriger Neonazi aus Erfurt greift Jugendliche mit Messer an, TLZ, <http://erfurt.tlz.de/web/lokal/leben/blaulicht/detail/-/specific/17-jaehriger-Neonazi-aus-Erfurt-greift-Jugendliche-mit-Messer-an-347691079>, eingesehen am 03.09.2012.

⁴⁴ Vgl. Funke, Hajo: Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. Zur Eskalation ideologischer Gewalt. Was tun?, 2012, S. 50

⁴⁵ Vgl. Wagner, Bernd: Rechtsextremismus und Jugend, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, 2001, S. 161.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Das Kartell der Verharmloser, <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/kartell-internet.pdf>, eingesehen am 04.09.2012, S. 8.

⁴⁸ Ebd., S. 15.

reichen gewalttätigen Übergriffe in der Landeshauptstadt ließen die Zeitschrift ‚Spiegel‘ kommentieren: „Erfurt wundert sich über die Polizei“⁴⁹. Zu Recht?

Nach einem Übergriff von Neonazis auf dem Erfurter Anger Ende Juli zeigten sich die Opfer

„irritiert vom Verhalten der Polizei: Die habe sich nicht dafür interessiert, dass der Hitlergruß gezeigt und rechtsextreme Sprüche gemacht worden seien. Schlimmer noch: Sie haben mit dem Angreifer gelacht – und uns aufgefordert, nicht von Nazis zu sprechen, weil wir damit die Gruppe provozieren würden. Sie hätten sich nicht wie Opfer gefühlt, sondern seien von der Polizei wie Täter behandelt worden, kritisiert Jennifer Werner, die sich gestern mit dem Vorfall an die Öffentlichkeit wandte. [...] Es sei [...] in den zwei Jahren in Erfurt auch in der Stadtbahn öfters vorgekommen, dass sie angepöbelt und beleidigt worden seien, weil sie sich als internationale Studierende auf Englisch unterhielten.“⁵⁰

Die Polizei verwehrt sich gegen den Vorwurf, auf dem rechten Auge blind zu sein. Gleichzeitig liefert ein Sprecher ein mögliches Motiv für eine denkbare entpolitisierte Darstellung rechter Straftaten als ‚normale‘ tätliche Auseinandersetzung, „wie es sie an jedem Wochenende in Erfurt mehrfach gebe“: „Das wirft kein gutes Licht auf unsere Stadt, die doch eine Studentenstadt ist.“⁵¹ Dass ‚Imagepflege‘ ein Motiv für die Bagatellisierung des gewaltbereiten Rechtsextremismus sein kann, hat u.a. der Report der Amadeu Antonio Stiftung belegt.

Der Ablauf und die polizeilichen Reaktionen auf einen rechtsextremen Überfall auf BesucherInnen und BetreiberInnen des Erfurter Kunsthauses Mitte Juli stellt sich komplex dar: „Auf eine Verbindung zur rechtsextremen Szene [...] gebe es derzeit keine Hinweise“, gibt die TLZ am 16.07.2012 einen Erfurter Polizeikommissar wieder.⁵² Da die TäterInnen des Übergriffes u.a. „Sieg Heil“-Rufe skandierten, wurde der Behörde die Bagatellisierung rechtsextrem-motivierter Gewalt vorgeworfen. Daraufhin räumte die Polizei den rechtsextremen Hintergrund des Überfalls ein. Im Rahmen einer kleinen Fallstudie werden im Folgenden der Überfall und seine Folgen auf der Grundlage eines Interviews mit den zum Zeitpunkt des Geschehens anwesenden BetreiberInnen beleuchtet. Diese verwiesen im Gespräch auf ihre jahrelange Erfahrung bzw. Wahrnehmung von rechtsextrem-motivierter Gewalt, weshalb eine überdurchschnittlich hohe Sensibilität in der Einschätzung der Situation und deren Aufbereitung zu erwarten ist. Die Auseinandersetzung am Abend der Eröffnung der Ausstellung „Miss Painting“ im Erfurter Kunsthaus in der zentralen Michaelisstraße entwickelte sich ab etwa 22:30 Uhr zunächst spontan, wobei die TäterInnen nach dem Eindruck der Zeugen „nach Streit gesucht“ haben. Die aus der benachbarten Kneipe „Jonny Walker“ kommende Gruppe von sechs Männern und zwei Frauen waren zu mindestens zum Teil aufgrund ihres Äußeren der extrem rechten Szene zuzuordnen. Ein kurzhaariger Mann aus der Gruppe der GewalttäterInnen, der von Beginn an durch Provokationen

⁴⁹ Reinhold, Fabian: Gefangen in der Schmutzdecke, SPON, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-hadert-nach-dem-nsu-skandal-um-den-umgang-mit-rechter-gewalt-a-851937.html>, eingesehen am 03.09.2012.

⁵⁰ Karmeyer, Frank: Übergriff von Neonazis auf dem Erfurter Anger? Zeugen gesucht, TLZ, <http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Uebergriff-von-Neonazis-auf-dem-Erfurter-Anger-Zeugen-gesucht-186908318>, eingesehen am 27.08.2012.

⁵¹ Ebd.

⁵² TLZ: Rechtsradikale stürmen Ausstellungseröffnung, TLZ, <http://www.tlz.de/web/zgt/leben/blaulicht/detail/-/specific/Rechtsradikale-stuermen-Ausstellungseroeffnung-1155297178>, eingesehen am 04.09.2012

auffiel, trug ein T-Shirt des SA-Sturmführers Horst Wessel und einschlägige Tätowierungen. Er versuchte zunächst, zwei sich vor dem Kunsthaus aufhaltende Frauen in ein Gespräch zu verwickeln. Tonangebend waren seine antisemitischen Aussagen wie „Die Israelis [auch: die Juden] töten täglich tausende palästinensische Kinder“. Nachdem er Aufforderungen der Frauen, sich zu entfernen, nicht nachkam, verließen diese den Ort, da sie sich verbal und physisch bedroht fühlten. Nachdem vor dem Kunsthaus auch eine Künstlerin belästigt wurde, wurde erstmalig die Polizei verständigt und den Neonazis Hausverbot erteilt. Als andere Personen der rechten Gruppe sich wieder dem Mann anschlossen, eskalierte die Situation: Die Nazis attackierten wahllos den Kurator, Gäste und eine anwesende Familie u.a. mit Bierflaschen: Mehrere Personen wurden verletzt und mussten im Krankenhaus behandelt werden. Ein Kind, dessen Mutter attackiert wurde, erlitt einen Schock. Etwa 15 Minuten nach dem ersten Anruf erschien die Polizei und stellte einen der flüchtenden Täter, während die anderen bereits außer Sichtweite waren. Vermutlich um ihrem „Kameraden“ zu helfen, kehrte die restliche Gruppe zurück und griff die PolizeibeamtInnen an, wobei eine Polizistin schwer verletzt wurde. Schließlich konnten alle acht GewalttäterInnen festgesetzt werden und wurden nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wieder auf freien Fuß gesetzt. Im weiteren Verlauf des Abends soll die Gruppe dann ein gerade aus dem Krankenhaus entlassenes Opfer des Überfalls erneut angetroffen, bedroht und mit Gegenständen beworfen haben.

Das Handeln der Polizei vor Ort wird als vorbildlich („so wie man sich das wünscht“) beurteilt. Die BeamtInnen seien umsichtig und gründlich vorgegangen. Anders, als den Befragten aus polizeilichen Reaktionen in Situationen mit rechten Übergriffen auf linke Jugendliche bekannt sei, habe keine „Täter-Opfer-Umkehr“ stattgefunden. Die interviewten Betroffenen fühlten sich vor Ort von der Polizei ernst genommen und lobten deren Engagement, um den TäterInnen habhaft zu werden. Da noch in derselben Nacht der polizeiliche Staatsschutz vor Ort ermittelt habe und die Beamten keinen Zweifel an der rechten Motivation haben erkennen lassen, vermuten die Befragten vor allem Unstimmigkeiten bei der Kommunikation innerhalb der Polizei hinter jener Polizeimeldung, in der ein rechts-extremer Hintergrund negiert wurde. Diese „Beschönigung“ sei vermutlich vor allem das Resultat mangelnder Kommunikation, bspw. zwischen Bereitschaftspolizei, Staatsschutz und PressesprecherInnen. Aufgrund des als korrekt wahrgenommenen Verhaltens der BeamtInnen vor Ort hat sich auch das Vertrauen in die Behörden bei den Befragten nicht verschlechtert.

Allerdings gibt es die Befürchtung, der Überfall könnte stigmatisierend wirken und dem Ruf des Kunsthauses schaden: „Das Leute vielleicht denken, die das lesen, was ist denn das für ein Ort, das ist vielleicht so was Subkulturelles nur, da gehen wir vielleicht nicht hin, wenn da so was passiert.“ Diese nicht abwegigen Bedenken sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas, in dem Viktimisierung etwas Anstößiges ist und den eigentlichen Opfern eine Mitschuld unterstellt wird, woraus ein doppelter Schaden (physisch bzw. materiell sowie Schädigung der sozialen Reputation) der Betroffenen resultieren kann.

Nachdem das Kunsthaus den Vorfall in einer Pressemitteilung öffentlich machte, boten verschiedene Organisationen (bspw. Mobit, EZRA) ihre Hilfe an. Zahlreiche Solidaritätserklärungen erreichten das Kunsthaus, u.a. teilte auch der bekannte Erfurter Musiker Clueso die Meldung auf seinem Facebook-Profil. In einer Erklärung verurteilten alle Stadtratsfraktionen öffentlich den Überfall, LandespolitikerInnen sowie Lokal-, Landes- und Bundespresse thematisierten das Geschehen. Die Stadt machte alsbald mit dem Vorschlag von sich reden, „einschlägig bekannte Rechtsextremen am Besuch von städtischen Museen, Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen [zu] hindern.“⁵³ Zudem versammelten sich UnterstützerInnen und AnwohnerInnen, um mit sensibilisierenden und öffentlichen Maßnahmen auf die rechtsextremen Aktivitäten zu reagieren. Diese Reaktionen seien jedoch nicht repräsentativ für den gesellschaftspolitischen Umgang mit Rechtsextremismus in Erfurt, reflektieren die befragten BetreiberInnen: „Es kommt immer drauf an, wen es betrifft.“ Fälle, in denen in den letzten Wochen bspw. Punks zusammengeschlagen wurden, „kamen nicht mal in der Zeitung“. Aufgrund der hohen Reputation des öffentlich-geförderten Kunstvereins fällt die polizeiliche und politische Reaktion eindeutig aus, wobei für die Interviewten klar ist: „Es gibt keine guten und bösen Opfer rechter Gewalt.“

5.6 Rohe Bürgerlichkeit

Im Mai 2012 stellte Thilo Sarrazin in der ausverkauften Alten Oper seine Thesen aus dem Buch „Deutschland schaff sich ab“ vor. Die pseudowissenschaftlichen Aussagen des ehemaligen Bundesbankers sind empirisch weitestgehend haltlos⁵⁴, dennoch wirken die Reizthemen „Islam“ und „Integration“ bundesweit mobilisierend für rechtsextreme und rechtspopulistische Bestrebungen:

„Die Verwunderung darüber, warum die Erfolge der Integration die Wahrnehmung der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft nicht erreichen, lässt den Rückschluss zu, dass es sich bei der seit geraumer Zeit und mit Erscheinen des Buches umso heftiger in Deutschland geführten Debatte um die Zugehörigkeit von Muslimen letztlich nicht um eine Integrationsdebatte handelt. Vielmehr werden unter dem Stichwort Integration Ängste, Ressentiments und rassistische Abwehrreaktionen verhandelt, deren Nicht-Thematisierung der sozialen Kohäsion zuwiderlaufen.“⁵⁵

Während der Sarrazin-Debatte sind bundesweit die Zustimmungswerte zu antiislamischen Aussagen von ca. 25 Prozent auf 55 Prozent angestiegen. Leserschaft und Publikum von Sarrazin sind vor allem ältere Männer mit gutem Einkommen.⁵⁶ Heitmeyer⁵⁷ bescheinigt Teilen der bürgerlich-konservativen und besser verdienenden deutschen Gesellschaft eine starke Tendenz zur Entsolidarisierung und eine zunehmende „rohe Bürgerlichkeit“. Islam- und Fremdenfeindlichkeit haben nach der Wirtschaftskrise

⁵³ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/erfurt-will-neonazis-den-besuch-von-museen-verbieten-a-848159.html>, vgl. 28.08.2012

⁵⁴ Vgl. Foroutan, Naika (Hrsg.): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand, Berlin, 2010.

⁵⁵ Ebd., S.69

⁵⁶ Vgl. Kniebe, Tobias: Wer hat Angst vorm fremden Mann?, SZ, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/thilo-sarrazin-und-seine-leser-wer-hat-angst-vorm-fremden-mann-1.1043753>, eingesehen am 04.09.2012.

⁵⁷ Pressehandout „Deutsche Zustände Folge 9“, S. 15, online, http://www.unibielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf, eingesehen am 04.09.2012.

bei den Besserverdienenden signifikant zugenommen.⁵⁸ Dies findet seinen Ausdruck auch im Erfolg Sarrazins.⁵⁹

6. Resümee der Bestandsaufnahme

Matthias Quent

Die folgenden Überlegungen sollen anregen, aus der systematischen Bestandsaufnahme Schlussfolgerung für lokal-spezifische Problemkonzentrationen, demokratische Ressourcen, Chancen und Herausforderung der Thüringer Landeshauptstadt zu ziehen und im besten Falle handlungsfördernde Eckpunkte für die Praxis des Lokalen Aktionsplans bereitzustellen.

Eine hervorstechende Rolle für die soziale Zusammensetzung und die Intensität politischer Auseinandersetzungen nimmt in Erfurt der Status als Landeshauptstadt ein. Für die extreme Rechte wie für demokratische Kräfte ist Erfurt der Schauplatz für Kämpfe um symbolisches Kapital, wie sich unter anderem in den überwiegend ‚importierten‘ NPD-Versammlungen zeigt. In der landesweiten Öffentlichkeit erfüllt die Hauptstadt Repräsentations- und Leitbildfunktionen, von deren Ausstrahlungen auch die extreme Rechte zu profitieren sucht. Das impliziert zum einen ein erhöhtes Risiko, zum Austragungsort öffentlicher, rechtsextremer Kundgebungen zu werden. Zum anderen wohnt diesem Status die Chance inne, durch ‚good-practice‘-Beispiele im Umgang mit Rechtsextremismus auch über die Stadtgrenzen hinaus Wirkung und Nachahmung zu evozieren. Dieser Rolle gerecht zu werden und demokratische Strategien in diesem Sinne auch über schnelllebige Massenmedien landesweit vorbildhaft darzustellen, sind zentrale Herausforderungen für Akteurinnen und Akteure in Erfurt. Nicht einmal strategisch hilfreich wird es dabei sein, Rechtsextremismus als ein Imageproblem darzustellen. Es besteht andernfalls für Menschen in Regionen, in denen Tourismus und Weltoffenheit im Alltag keine nennenswerte Rolle spielt das Risiko, dass das Problem Rechtsextremismus entrückt und als ein Marketing-Problem entsorgt wird.

Aufgrund der spezifischen Situation als Sitz des Landesparlamentes sind insbesondere im Wahlkampf vor den Landtagswahlen 2014 öffentliche Aktivitäten rechtsextremer Parteien zu erwarten.

Dass die extreme Rechte in Erfurt bisher kaum parlamentarische Geländegewinne erzielen konnte, ist primär in der Angebots- und Vermittlungsschwäche begründet. Vor allem die rechte Parteienlandschaft – Pro Erfurt und der NPD Kreisverband – ist untereinander zerstritten.

Die Verdichtung von Personen, die im Bereich der (Landes)Verwaltung arbeiten, kann durch zielgruppenorientierte Informations- und Bildungskampagnen gezielt genutzt werden, um thüringenweite Impulse für eine funktionierende Praxis gegen rechts zu setzen. Die im Verwaltungssektor vorherrschenden hierarchischen Strukturen und fachlichen Sachorientierungen begrenzen die direkten Ein-

⁵⁸ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010), Deutsche Zustände Folge 9, Berlin, Edition Suhrkamp, S. 23ff.

⁵⁹ Vgl. Foroutan 2010: 70.

flussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure. Eine Kooperation mit den jeweiligen Dienstherren ist deshalb unumgänglich.

Das hohe rechtsextreme Gewaltpotenzial stellt eine zentrale spezifische Herausforderung dar. Gerade im Umgang damit darf die Verantwortung in der Vorbildrolle der Landeshauptstadt nicht vernachlässigt werden. In der medial-öffentlichen Wahrnehmung ist Erfurt auch im Umgang mit Rechtsextremismus repräsentativ für den Freistaat. In einem Bericht zu rechtsextremer Gewalt in Erfurt bei „Spiegel online“ heißt es: „Die Regierung will das Image des Landes polieren, doch nach erneuten Übergriffen von Rechtsextremen häufen sich Beschwerden über Polizei und Behörden. Viele Bürger fragen sich: Haben die gar nichts gelernt?“⁶⁰ Deutungsmächtige Akteurinnen und Akteure in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen stehen in besonderer Verantwortung: die Polizei, Justiz und Verwaltung. Zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und Medien müssen ihre Kontroll- und Korrektivfunktion kontinuierlich fortführen.

Eine klare Linie der Erfurter Polizei ist im Umgang mit rechtsextremen Gewalttaten in den letzten Monaten nicht zu erkennen, zumindest die letzten Meldungen lassen aber eine erhöhte Sensibilität erhoffen. Verantwortlich für die Irritationen sind auch Zuordnungs- und Definitionsschwierigkeiten. Es ist nicht transparent, nach welchen Kriterien ein politisches Motiv von Straf- und Gewalttaten von unterschiedlichen AkteurInnen angenommen wird. Der Öffentlichkeit könnte durch eine gemeinsame Veranstaltung von Polizei, Justiz, OpfervertreterInnen und Betroffenen zumindest Klarheit über sprachliche Abgrenzungen und juristische Zuordnungen verschafft werden. Im Beobachtungszeitraum bis zur Ergebnispräsentation im Spätsommer 2013 wird die Dokumentation und Analyse der Entwicklung der Gewaltproblematik und des (institutionellen) Umgangs mit dieser eine wichtige Rolle einnehmen.

Der organisierte und jugendliche Rechtsextremismus scheint sich in Erfurt quasi in Form einer „Parallelgesellschaft“ etabliert zu haben und nur punktuelle Berührungspunkte zu den öffentlichen Trägern der Jugendarbeit zu besitzen. Dass Neonazis den Stellungnahmen der Träger folgend keinen Einfluss nehmen auf die Kinder und Jugendlichen innerhalb der Einrichtungen, ist vorbildlich. Die vorhandenen Neonazis haben sich mehrheitlich in politisch autarken Strukturen organisiert, von denen eine Wirkung auf die Öffentlichkeit und die extrem rechte und rechtsoffene Jugendszene ausgeht (Naziladen „Trondheim“, Fan-Gruppe „KEF“, Band „PAK 88“). Organisation und Vergemeinschaftung in privaten Räumlichkeiten muss zunächst bekannt werden, um ihr überhaupt zu begegnen: Dafür ist eine weitere Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger, der städtischen Verwaltungsbehörden und der direkte Informationsaustausch förderlich.

⁶⁰ Reinhold, Fabian: Gefangen in der Schmutzdecke, SPON, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-hadert-nach-dem-nsu-skandal-um-den-umgang-mit-rechter-gewalt-a-851937.html>, eingesehen am 03.09.2012.

Ein roher Umgang der Jugendlichen untereinander, der von fast allen Trägern der Jugendarbeit berichtet wird, ist kein Symptom von Neonazismus. Jedoch indiziert ein Sprachgebrauch, in welchem Fremdgruppenzuschreibungen verwendet werden als Beleidigung und Ausdruck von Verachtung gegenüber anderen und als schwach wahrgenommenen Menschen, die Vermittlung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen durch relevante Sozialisationsinstanzen (Gesellschaft, Familie, Schule, Freundeskreis usw.). Diskriminierungserfahrungen gerade im Kinder- und Jugendalter können für Betroffene schwerwiegende Folgen haben. Präventionsarbeit darf deswegen nicht erst mit der Auseinandersetzung im Jugendalter beginnen.

Die sozioökonomische Entwicklung Erfurts birgt für Teile der Bevölkerung erhebliche Desintegrations-, Deprivations- und Prekarisierungsrisiken, welche die Anfälligkeit für autoritäre Politikentwürfe, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erhöhen.⁶¹ Insbesondere bei geringfügig entlohnter Beschäftigung und in durch Plattenbauten geprägten Ortsteilen ist Achtsamkeit geboten. Inwieweit Segregationstendenzen in Erfurt bereits einen signifikanten Einfluss auf Wahlerfolge rechtsextremer Parteien haben, wird in der ausführlichen Untersuchung 2013 diskutiert. Befunde zur rohen Bürgerlichkeit der Besserverdienenden zeigen aber auch, dass Menschenfeindlichkeit kein reines Problem der unteren oder abstiegsbedrohten Schichten ist.

Neben der Entwicklung der parlamentarischen Angebotsstrukturen vor dem Wahljahr 2014 stellt der Erfolg internetvermittelter Politikangebote der extremen Rechte einen zentralen Betrachtungsgegenstand dar. Vor allem Pro Erfurt, aber auch NPD und Kameradschaften sind mit eigenen Seiten und Profilen in sozialen Netzwerken präsent, die externe Reichweite solcher Angebote ist noch weitgehend unerforscht.

7. Ressourcenüberblick: Akteure gegen rechts in Erfurt

Marie Baumann

Auf den folgenden Seiten werden Erfurter Akteurinnen und Akteure vorgestellt, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen. Zu unterscheiden sind hierbei explizit bzw. kontinuierlich gegen rechts und/oder entsprechende Vorurteile in der Gesellschaft agierende Gruppen, Vereine und Initiativen sowie Akteurinnen und Akteure, die sich nicht generell mit diesem Themenfeld beschäftigen. Zu dieser Gruppe sind Vereine und Verbände der Jugend- und Sozialarbeit zu zählen, welche im ersten Teil Betrachtung finden werden. Sie sind Einrichtungen der Stadt, welche selbst Ort der Vielfalt sein will. Welche Bestrebungen Erfurt dahingehend unternimmt, wird anschließend kurz erläutert. Parteijugendorganisationen sowie Verbände im Gewerkschaftsumfeld und andere nicht ausschließlich gegen Rechtsextremismus arbeitenden Gruppen werden in diesem Teil

⁶¹ Vgl. u.a. Castel, Robert/Dörre, Klaus unter Mitarbeit von Peter Bescherer (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung – Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/M. [u.a.], 2009.; Dörre, Klaus: Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen, Auswirkungen, Gegenstrategien, in: Demirovic, Alex/Beerhorst, Joachim/Guggemos, Michael (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/M., 2004, S. 289-317.

ebenfalls beschrieben. Ein gemeinsames Auftreten beider Akteursgruppen findet sich bei besonderen Anlässen in Erfurt. Eine kurze Auswahl soll dies veranschaulichen. Im dritten Teil wendet sich der Blick auf die Akteurinnen und Akteure, die sich generell mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen. In einem abschließenden Fazit werden die Hauptaussagen des Textes zusammengefasst.

7.1. Nicht ausschließlich gegen rechts agierende AkteurInnen

Als Ort der Sozialisation, Erziehung und Bildung treten hier Jugendeinrichtungen auf. Gerade Toleranz- und Demokratieerziehung scheinen hier von Bedeutung zu sein. Neben Kinder- und Jugendsozialarbeit liegt es der Stadt Erfurt daran auch nach außen sichtbar gegen rechts aufzutreten. Nachdem Erfurt als Ort der Vielfalt kurz Betrachtung findet, wird ein Überblick über Jugendorganisationen von Parteien und Gewerkschaftsverbänden gegeben, welche gemeinsam mit weiteren Vereinen und Initiativen auch öffentlich wahrnehmbar auftreten, wie bspw. bei Anti-Nazi-Protesten (7.2).

Jugendeinrichtungen der Stadt Erfurt

Der Bereich Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Erfurt widmet sich neben einem Informations- und Beratungsangebot für Familien zu Fragen der Kinderbetreuung sowie Jugendschutz auch der Jugend(-sozial)arbeit. 2011 gab es im Rahmen der Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Erfurt eine Zuarbeit für den Stadtrat⁶² seitens des Jugendamts. Hier wurden die entsprechenden Jugendeinrichtungen gezielt nach Problemen mit rechtsextremen Einstellungen und Handlungen sowie Maßnahmen gegen Rechtsextremismus befragt. Die folgenden Aussagen entstammen dieser Zuarbeit.

Allgemein kann festgestellt werden, dass nahezu keine der Einrichtungen von direkten rechten Strukturen und/oder rechten Einstellung- und Handlungsmustern berichtet. Von indirekten diskriminierenden Anspielungen berichten jedoch fast alle Einrichtungen. Allen Einrichtungen gleich sind ebenso die Bestrebungen seitens der SozialarbeiterInnen, diskriminierenden Äußerungen entgegenzutreten.

Neben diesen reaktiven Maßnahmen gibt es auch direkte und indirekte Präventivmaßnahmen, die im Folgenden exemplarische Erwähnung finden sollen.

Die Sozialarbeiter im Jugendhaus Roter Berg versuchen bspw., antidemokratischen Tendenzen präventiv entgegenzuwirken. Dies geschieht zum einen in Gesprächen und Diskussionen, aber auch in Hilfestellungen bei Fragen zu schulischer Leistung, Bewerbung und Praktikum. Damit soll Perspektivlosigkeit als eine Ursache undemokratischer Einstellungen entgegengewirkt werden. Auch eine direkte Arbeit zum Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit findet hier statt, allerdings weist das Jugendhaus darauf hin, dass Erfolge nur in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen erfolgen können.

⁶² Zuarbeit des Jugendamtes zu Stadtratsbeschluss Nr.: 251/2006. Sachstand 23.08.2011.

Um rechtsextremen und undemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken, setzt der Jugendclub Berliner auf demokratische Teilhabe innerhalb der Einrichtungsstruktur. Bestimmte Entscheidungsfragen werden mit den Besucherinnen und Besuchern gemeinsam gefällt. Zudem findet hier einmal im Monat eine „Vollversammlung“ statt, „in der auftretende, gerade auch zwischenmenschliche Schwierigkeiten angesprochen werden können“. In thematischen Projektwochen widmete sich der Jugendclub außerdem vertiefend Bereichen wie „Symbolik und rechtes Gedankengut“.

Auch im Mädchenzentrum wird durch Projekte und einzelne Veranstaltungen versucht, „[...] Verunsicherungen gegenüber anderen Kulturen abzubauen und auf Unwissen und Unkenntnis konstruktiv einzugehen“.

Die Offene Arbeit beteiligt sich in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus zum einen in verschiedenen Bündnissen (z.B.: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland „Kirche und Rechtsextremismus“, Bürgertisch der Stadt Erfurt für Demokratie, Thüringer Bündnis „Mehr Demokratie“) und bietet zum anderen selbst verschiedene Veranstaltungen, Ausstellungen und Vorträge zum Thema an.

Das Jugendhaus Domizil macht in seinen Aussagen neben primären rechten Dimensionen auf Fragen der Geschlechterdiskriminierung aufmerksam, und regt an, den Fokus der Problemanalyse nicht zu eng zu stecken. Neben Fragen der Geschlechterdiskriminierung versucht das Domizil, durch gezielte Veranstaltungen Vielfalt und Toleranz zu stärken - so etwa mit einem jährlich stattfindenden Fußballturnier, zu dem „traditionell Mitspieler anderer sozialer Herkunft eingeladen werden. So besteht jedes Jahr erneut die Möglichkeit, einander kennenzulernen und spielerisch anderen Menschen und verschiedenen Nationalitäten näher zu kommen.“ Im Bereich der Musik gibt es im Domizil Rap-Workshops, in denen die Jugendlichen lernen, eigene Texte zu schreiben, „die frei von Diskriminierungen/ Verunglimpfungen/ Schimpfwörtern sind.“

Bestrebungen der Stadt Erfurt in Bezug auf den Titel als „Ort der Vielfalt“

Neben explizit gegen rechts arbeitenden Akteuren versucht auch die Stadt Erfurt kontinuierlich ihrem Titel „Ort der Vielfalt“⁶³ gerecht zu werden. Diesen Titel erhielt die Stadt u. a. durch den seit 2002 existierenden Bürgertisch für Demokratie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Mit dem durch den Bürgertisch entwickelten Konzept soll der Stadtrat in seinen Entscheidungen unterstützt werden. „Es geht um eine gemeinsame Verantwortung möglichst vieler in Erfurt agierenden Kräfte und Strömungen für Demokratie und Toleranz.“⁶⁴ Als Beispiel soll hier die jährlich stattfindende „Woche gegen Rechtsextremismus“ stehen, in der sich in verschiedenen Veranstaltungen

⁶³ Diesen Titel trägt Erfurt seit 2009. „Mit der Zuerkennung des Titels ‚Orte der Vielfalt‘ würdigt die Bundesregierung das große Engagement des Stadtrates und der Stadtverwaltung, zahlreicher gesellschaftlich Kräfte und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Erfurt gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.“ [http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/aktuell/presse/2009/05/32797.shtml] am 28.08.2012.

⁶⁴ Konzept des Bürgertisches für Demokratie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. S.2.

mit dem Thema auseinandergesetzt wird. Initiiert und organisiert wird sie durch die Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus beim Bürgertisch für Demokratie.

An dem Label der Stadt, „Ort der Vielfalt“ zu sein, gibt es Kritik. „Erfurt ist keine weltoffene Stadt“⁶⁵, sagt Michel R. vom Bildungskollektiv BiKo e.V. und bezieht sich damit neben anderem auf eine Stadtpolitik, die es Nazis erst ermöglicht, in der Innenstadt dominant zu werden, so Michel R.. Er referiert hier auf die bis vor kurzem geltende Stadtverordnung, welche in §8a besagt, dass das „mit dem Verzehr von Alkohol verbundene a) Lagern von Personengruppen oder b) längere Verweilen einzelner Personen untersagt“⁶⁶ ist. „Das ist von Seiten der Stadtpolitik der Versuch, störende Gruppen – und das sind alternative Jugendliche, das sind die Punker auf der Krämerbrücke – die aus der Stadt raus zu drängen. Und was passiert, wenn man die antifaschistisch orientierten Jugendlichen aus der Stadt raus drängt? Dann haben die rechten Jugendlichen einen Raum in der Stadt.“⁶⁷ Michel R. sieht das Problem weniger in fehlender Sozialarbeit, denn als Problem der Politik.

Als Reaktion auf jüngste rechtsradikale Angriffe in Erfurt reagierte der Erfurter Stadtrat nach dem Überfall auf das Kunsthhaus am 13. 07. 2012 mit einer Erklärung gegen rechts. „Die Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler und FDP im Stadtrat Erfurt verurteilen die Taten auf das Schärfste, zeugt doch die rücksichtslose Gewalt, mit der die Täter vorgehen, von tiefer Menschenverachtung. [...] Wir erwarten von der Leitung der Stadtverwaltung, der Verwaltung selbst und der Polizei ein gemeinsames und konsequentes Vorgehen gegen Neonazis, rechte und rassistische Gewalt sowie deren öffentliches Auftreten.“⁶⁸

Eine andere Reaktion findet sich im „Einlassvorbehalt für städtische Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen“, welches von der Kulturdirektion als Konsequenz aus der Erklärung des Stadtrates initiiert wurde und in seiner Anwendung beinhaltet, „in den städtischen Kultureinrichtungen und für städtische Kulturveranstaltungen einen expliziten Einlassvorbehalt für Personen aus der rechten Szene auszusprechen.“⁶⁹

Neben Handeln in Bezug auf aktuelle Nazi-Übergriffe versucht die Stadt, auch in Bezug auf die NS-Zeit in Erfurt eine Erinnerungskultur zu etablieren. „Im Bewusstsein, dass die Achtung der Menschenwürde die Sache jedes Einzelnen sein muss, errichtete die Stadt Erfurt auf dem ehemaligen Firmengelände am Sorbenweg den Erinnerungsort Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz. Damit wird am historischen Ort exemplarisch an die Ermöglichung und Umsetzung des nationalsozialistischen Menschheitsverbrechens durch Industrie und Privatwirtschaft erinnert und ein Raum der

⁶⁵ Michel R. bei dem Pressegespräch „Es gibt ein Problem mit rechter Gewalt in Erfurt“ am 31.08.2012 in der Offenen Arbeit Erfurt.

⁶⁶ Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Erfurt (Stadtordnung) vom 16. Mai 2003. S. 4.

⁶⁷ Michel R. bei dem Pressegespräch „Es gibt ein Problem mit rechter Gewalt in Erfurt“ am 31.08.2012 in der Offenen Arbeit Erfurt.

⁶⁸ [<http://www.jenapolis.de/2012/07/gemeinsame-erklaerung-der-fraktionen-des-erfurter-stadtrates>] am 28.08.2012

⁶⁹ [<http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/aktuell/presse/2012/08/43576.shtml>] am 28.08.2012.

Reflexion für Jugendliche und Erwachsene über Fragen nach Arbeit, Wirtschaft, Technik und Verantwortung geschaffen.“⁷⁰

Neben der Täterperspektive versucht der Arbeitskreis „Erfurter GeDenken 1933-45“ seit 2007 Einzelschicksale und Orte des Geschehens in Erfurt sichtbar zu machen. Initiiert von jüdischen und christlichen Trägern wurden in Erfurt in dem Projekt „DenkNadeln“ bisher sieben Denknadeln installiert, die zum einen an die Namen verfolgter und/oder ermordeter Jüdinnen und Juden erinnern und zum anderen Orte kenntlich machen sollen, „die als Stätten der Demütigung, des Leidens, der Gewalt und Deportation missbraucht wurden.“⁷¹

Jugendorganisationen von Partei und Gewerkschaft sowie weitere AkteurInnen

Im Bereich politischer Jugendbildung sind für Erfurt als örtliche Anlaufstellen vor allem das offene Jugendbüro der Gewerkschaftsjugend filler sowie das offene Jugendbüro RedRoXX der LINKEN zu nennen. Neben der Linksjugend [’solid] treten gegen rechts vor allem die Parteijugendorganisationen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Grüne Jugend sowie der SPD - Jusos auf. Neben regelmäßigen Angeboten des politischen Engagements und thematisch gezielten Veranstaltungsangeboten sind sie auch in der Öffentlichkeit gegen rechte Aktivitäten aktiv. „Treten Neonazis in Erfurt oder anderswo in Thüringen auf, zeigen wir stets auf jeder Gegenkundgebung Gesicht,“⁷² so exemplarisch die Grüne Jugend Erfurt. Diese Beteiligungen werden im zweiten Teil dieses Überblicks vertieft.

Neben parteilich und gewerkschaftlich gebundenen Organisationen finden sich in Erfurt weitere thematisch und organisatorisch heterogen aufgestellte Akteurinnen und Akteure, welche sich zumindest partiell mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Das Bildungskollektiv BiKo e. V. hat hierbei einen emanzipatorischen und bildungspolitischen Anspruch. In der Selbstbeschreibung des BiKo heißt es: „Das BiKo ist ein Versuch der Unversöhnlichkeit mit den jetzigen Verhältnissen, ein Versuch, sich von der eigenen Ohnmacht nicht dumm machen zu lassen. Mit diesem Bewusstsein wollen wir als Bildungsverein sowohl an eine Tradition emanzipatorischer Bewegungen anknüpfen als auch diese Geschichte kritisch reflektieren.“⁷³ Die Zielgruppe des BiKo ist nicht beschränkt, die Angebote richten sich an Menschen jeden Alters und jeder sozialer Verortung. „Ziel ist, gemeinsam gesellschaftliche Verhältnisse zu verstehen, um Möglichkeiten und Handlungsräume für deren Veränderung zu eröffnen“⁷⁴, so die Selbstbeschreibung des Vereins. Einen ähnlich ganzheitlichen Ansatz verfolgt die Gruppe LiSE – Links, Subversiv, Emanzipatorisch: „LiSE versucht auf Bildungsebene wie auch im Alltag menschenverachtende Ein-

⁷⁰ [<http://www.erfurt.de/ef/de/erleben/kunst/eugo/tus/>] am 28.08.2012.

⁷¹ [<http://alte-synagoge.erfurt.de/jle/de/gedenken/idee/>] am 28.08.2012

⁷² Zuarbeit Grüne Jugend Erfurt.

⁷³ [<http://biko.arranca.de/index.php?c=grundsatz>] am 27.08.2012.

⁷⁴ Ebd.

stellungen offenzulegen, Ursachen zu benennen und dagegen anzukämpfen. [...]Unsere Zielgruppe sind alle Menschen die im Ausbildungsprozess stecken und/ oder interessiert sind, sich außerhalb von formalen Bildungsinstitutionen weiterzubilden bzw. sich mit linksradikaler Politik auseinanderzusetzen, um diese im Alltag zu etablieren.“⁷⁵ Aktuell beteiligte sich LiSE an der „Rassimus-tötet“-Kampagne, welche mit thematischen Vorträgen, Diskussionen und ZeitzeugInnen-Gesprächen die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen 1992 reflektiert und Probleme sowie Handlungsnotwendigkeiten der heutigen Zeit aufzeigt.

Als Ort des Austauschs, der Vernetzung und Zusammenarbeit zählt in Erfurt das veto. „Veto ist ein Ort, der Raum für Gruppentreffen, einen Infoladen und einen Umsonstladen sowie Lesungen, Diskussions- und Infoveranstaltungen bietet.“⁷⁶ Neben dem Infoladen Sabotnik treffen sich hier momentan die Gruppen Hände hoch – Haus her!, Bildungskollektiv Biko, Arbeitsmuffel Selbstverständlich AG, Wagenplatz Erfurt, Antifagruppen, wider die natur sowie Einzelpersonen.

Der Infoladen Sabotnik versucht, linke, alternative Strukturen in Erfurt zu vernetzen. „Dafür wollen wir im Netz aber auch real einen Ort schaffen, an dem Termine und Infomaterial für Veranstaltungen und Aktionen aus Erfurt erhältlich sind und somit auch die Mobilisierung für alle erleichtern. [...] Wir wollen außerdem eine Anlaufstelle für politisch interessierte aber nicht organisierte Menschen sein, bei der sie sich informieren, diskutieren und auch Leute und Strukturen kennen lernen können. [...] Außerdem bieten wir einen Newsletter für linke Termine in Erfurt und Umgebung an.“⁷⁷

7.2. Beteiligungen bei exemplarischen Aktionen gegen rechts in Erfurt

Wie bereits erwähnt treten in Erfurt zu besonderen Anlässen verschiedene Gruppen gegen rechts in Erscheinung. Anhand zweier Protestaktionen soll dieses Zusammenwirken exemplarisch betrachtet werden.

(1) Proteste gegen 1. Mai-Demonstration der NPD am 1. Mai 2010

Für den 1. Mai 2010 mobilisierte die NPD Thüringen schon ab Dezember 2009 deutschlandweit für eine Demonstration in Erfurt. Dieser entgegen stellte sich ein thüringenweites Bündnis, welches aus Parteien, Initiativen und Vereinen bestand, entgegen. Ziel war es, „den Nazi-Aufmarsch zu verhindern“, so Falk Przewosnik, Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten Karola Stange (Die LINKE) im Vorfeld gegenüber Radio F.R.E.I.⁷⁸ Geplant waren Gegenkundgebungen an verschiedenen Orten. Bereits im Vorfeld gab es eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema, wie bspw. bei einem Diskussionsabend zu Nazistrukturen in Erfurt am 28. April 2010, organisiert von den Jusos.⁷⁹

⁷⁵ [<http://lise.blogspot.de/lise>] am 27.08.2012.

⁷⁶ [<http://veto.blogspot.de>] am 27.08.2012.

⁷⁷ [<http://sabotnik.blogspot.de/sabotnik>] am 27.08.2012.

⁷⁸ [http://radiofrei.de/index.php?iid=5.2&ssuchtext=%221.%20mai%22%20npd&pPAGE=2&ksubmit_show=Artikel&kartikel_id=2820] am 27. 08. 2012.

⁷⁹ [<http://jusos Erfurt.blogspot.eu/2010/04/26/jusoabend-nazistrukturen-in-erfurt-2>] am 27.08.2012.

Viele Verbände, Vereine, Gruppen und Initiativen riefen zu Gegenprotesten auf – so auch der Bürgertisch für Demokratie in Erfurt. Anlässlich der bevorstehenden Aktionen startete der Bürgertisch eine neue Kampagne unter dem Motto „gegen rechts ist logo!“.

Medial wurde der Tag von Radio F.R.E.I. durch eine Sondersendung begleitet, welche neben Hintergrundinformationen und Interviews zum Thema eine aktuelle Berichterstattung beinhaltete. Mittels eines Live-Tickers und Telefonkontakten direkt im Geschehen konnten Interessierte Informationen zum Thema und aktuell unterstützenswerten Orten in der Stadt erhalten.

An der Demonstration der NPD beteiligten sich am 1. Mai 2010 ca. 450 Personen, die Zahl der Gegendemonstranten wurde auf 1000 geschätzt, so Radio F.R.E.I.⁸⁰ Durch Auflösung einer ersten Sitzblockade konnten die Nazis ihre Route zwar beginnen, wurden aber nach wenigen Metern erneut gestoppt und die Demonstration damit beendet.

Die GegnerInnen der Demonstration bewerteten die Aktivitäten positiv. Kritik gab es hingegen im Hinblick auf das Verhalten der Polizei. So habe sie bspw. den Oberbürgermeister Andreas Bausewein, als auch einzelne MedienvertreterInnen zumindest zeitweise nicht zum Ort des Geschehens gelassen. Die Polizei selbst erklärte den Tag als erfolgreich, da er weitgehend friedlich verlief, so Radio F.R.E.I.⁸¹

(2) Proteste gegen NPD-Kundgebung am 06. August 2012

Auch die Kundgebung der NPD am 6. August 2012 konnte durch Gegenwehr erheblich beeinträchtigt werden. Verhältnismäßig kurzfristig war sie im Rahmen der deutschlandweiten Tour der Kampagne „Raus aus dem Euro – Wir wollen nicht Zahlmeister Europas sein!“ zunächst für den 3. August für den Erfurter Anger angemeldet worden. Trotz kurzfristiger Änderung von Termin und Ort konnte der nun am 6. August auf dem Domplatz stattfindenden Kundgebung die gezielte Wirkung genommen werden. Durch eine Blockade der Zufahrt konnte der LKW der NPD nicht auf den vorgesehenen Platz der Kundgebung fahren. Die dann auf der Straße abgehaltenen Redebeiträge seitens der NPD wurden durch laute Protestrufe effektiv gestört.

Auch hier riefen zahlreiche engagierte Akteurinnen und Akteure zu Protesten auf. Im Vergleich zu dem zuvor geschilderten Beispiel blieben hierfür jedoch nur wenige Tage. Dass die Beteiligung mit ca. 300 Menschen für eine lokal begrenzte Mobilisierung dennoch relativ hoch ausfiel, dürfte ein Zeichen dafür sein, dass es für Proteste dieser Art gute Vernetzungen in Erfurt gibt. Erstaunlich und deshalb bemerkenswert war die Beteiligung von Thüringens Innenminister Jörg Geipert.

⁸⁰[http://radiofrei.de/index.php?iid=5.2&ssuchtext=%221.%20Mai%22%20npd&pPAGE=2&ksubmit_show=Artikel&kartike1_id=2834] am 27.08.2012.

⁸¹ Ebd.

7.3. Kontinuierlich gegen rechts arbeitende AkteurInnen

Mit einem Ansatz der Vernetzung ist im Bereich der kontinuierlich gegen rechts agierenden AkteurInnen das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC) als landesweite Aktionsstelle sowie die „Antifaschistische Koordination Erfurt“ (AKE) zu nennen. Das NDC „...ist ein bisher in elf Bundesländern agierendes Netzwerk, in dem verschiedene Jugendverbände, Organisationen und Gruppen vertreten sind. In Thüringen schlossen sich im Jahr 2001 verschiedene Jugendverbände und Bildungsträger zum ‚Netzwerk für Demokratie und Courage‘ zusammen. Die Netzwerkpartner_innen des Projektes in Thüringen sind die Landesverbände der Naturfreunde-jugend, des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt, Arbeit und Leben, die Jusos und die Linksjugend solid, welche uns beratend und finanziell unterstützen. Grundlage des NDC ist es, Projektstage gegen menschenverachtende Einstellungen und für eine demokratische Entwicklung durchzuführen. [...] Die Hauptzielgruppen der pädagogischen Arbeit des NDC sind Schüler_innen und Auszubildende, darüber hinaus werden auch Projektstage mit Lehrer_innen, Schulsozialarbeiter_innen und Lehramtstudierenden umgesetzt.“⁸²

Die AKE legt ihren Schwerpunkt auf die aktive Bekämpfung rechter Einstellungen und Aktivitäten. „Die Antifaschistische Koordination Erfurt [AKE] ist ein Zusammenschluss verschiedenster Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aus Erfurt und Umgebung. [...] Gegründet wurde die [AKE] im Februar 2007 zur Vorbereitungen [sic] der Gegenaktivitäten gegen die überregionalen Nazidemo am 1.Mai. Schnell wurde damals klar, dass es einer Koordinierung und Bündelung der antifaschistischen und emanzipatorischen Kräfte in der Stadt bedarf.“⁸³

Weitere exemplarische Gruppen, die sich in Erfurt gegen rechts engagieren, sind momentan die Antifagruppe AG17 sowie die Hochschulgruppe Antira Campus Erfurt.

„AG17 ist eine Erfurter Antifa-Gruppe, die ihren Schwerpunkt in der Bekämpfung von Nazistrukturen und der Auseinandersetzung mit rechten, antisemitischen, rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft sieht. AG17 ist kein Theoriezirkel, ist jedoch nicht abgeneigt, diverse theoretische Ansätze (Ideologiekritik, Wertkritik, Kulturkritik, Antisexismus) in die eigene politische Praxis einzubeziehen. AG17 mobilisiert für regionale und überregionale Aktionen gegen rechts und möchte als Ansprechpartner vor Ort in Erfurt fungieren.“⁸⁴

Die Gründung der Hochschulgruppe Antira Campus Erfurt basiert auf ganz konkreten Vorkommnissen in Erfurt. „Die Motivation eine Hochschulgruppe zu initiieren, entstand aus der Betroffenheit über rassistische Gewalt physischer und verbaler Art, denen Studierende mit Migrationshintergrund, internationale Studierende sowie weitere Hochschulangehörige der Universität Erfurt ausgesetzt waren.“⁸⁵ Die Hochschulgruppe will zum einen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass „Rassismus

⁸² Zuarbeit von Netzwerk für Demokratie und Courage Thüringen.

⁸³ [<http://user202.us.funpic.de/Aufruf.html>] am 28.08.2012.

⁸⁴ [<http://www.autistici.org/ag17/alt/index.html>] am 28.08.2012.

⁸⁵ [<http://antiracampuserfurt.wordpress.com/aboutu>] am 28.08.2012.

Gegenstand des täglichen Lebens in Erfurt ist. [...] Daher ist es unser Anliegen, auf dem Campus sowie in der Stadt Erfurt bewusst für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit aktiv zu werden. Konkrete Projekte, die diese Ziele verfolgen, sind eine antirassistische Hochschulschrift, CampusWatch und die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.⁸⁶ Zum anderen soll die Gruppe Anlaufstelle für Betroffene sein. In diesem Zusammenhang arbeitet sie mit Beratungsstellen wie Mobit und Ezra zusammen.

Mobit (Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus) fungiert als Beratungsstation für Initiativen, Projekte und Einzelpersonen. Sie unterstützt kommunale Aktionsbündnisse und regionale Netzwerke, vermittelt Handlungskompetenzen für MultiplikatorInnen, sie dokumentiert und analysiert rechtsextreme Entwicklungen sowie Gegenstrategien und informiert bzw. sensibilisiert die Öffentlichkeit.⁸⁷

Auch ezra (Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt) verfolgt eine beratende Funktion, allerdings aus konkreter Perspektive der Betroffenen. „Die Opferberatung steht parteilich an der Seite der Betroffenen und sieht ihre Aufgabe neben der individuellen Beratung auch darin, die Perspektive der Opfer in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einzubringen. [...] Wir beraten in Krisensituationen und bieten Gespräche zur Aufarbeitung individueller Tatfolgen an. Wir begleiten Betroffene zu Behörden, Ämtern, Polizei und Gerichten. Hierzu zählt auch die Prozessbegleitung mit Vor- und Nachbereitung der Verhandlung. Wir unterstützen bei der Suche nach geeigneten Ärzten, Therapeuten und Rechtsanwälten. Auch helfen wir bei der Beantragung finanzieller Unterstützung (z.B. Opferentschädigung und Prozesskostenhilfe)“⁸⁸, so EZRA in ihrer Selbstbeschreibung.

8. Zusammenfassendes Fazit des Ressourcenüberblicks

Marie Baumann

Die vorliegenden Ausführungen sollen ein erster Versuch sein, die Akteurinnen und Akteure in Erfurt, die rechtsextremen Tendenzen entgegneten, überblicksartig zu fassen.

Strukturell wurde danach unterschieden, inwieweit die entsprechenden Gruppen ausschließlich oder neben anderem gegen rechts agieren. Zu den Einrichtungen, die ein größeres Themenspektrum abdecken, zählen Jugendeinrichtungen der Stadt, die Stadt selbst, Jugendorganisationen von Parteien und Gewerkschaften sowie andere politische Gruppierungen.

Schon hier kann im Nachhinein eine weitere Unterscheidung eingeführt werden - die nach Bezug auf Bekämpfung von rechts und Stärkung von Demokratie und Toleranz. Dass diese beiden Teilbereiche

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Vgl. [<http://www.mobit.org/Beratung.htm>] am 28.08.2012.

⁸⁸ [<http://www.ezra.de/unsere-aufgabe/>] am 28.08.2012.

bei vielen Gruppen miteinander einhergehen, liegt in der Sache begründet, dennoch kann eine Schwerpunktlage bei einigen Gruppen beobachtet werden.

So sehen sich die Jugendeinrichtungen der Stadt v.a. im Bereich Demokratie- und Toleranzerziehung in der Verantwortung. Auch wenn keine der Einrichtungen von rechtsextremen BesucherInnen oder Äußerungen spricht, verzeichnen doch fast alle zumindest vereinzelt entsprechende Tendenzen in Äußerungen (Beleidigungen, rassistischer Bezug bei Konflikten, Stammtischparolen...). Die SozialarbeiterInnen vor Ort sehen es als ihre Aufgabe, diesen im Alltag entgegenzuwirken. Sie warnen aber auch davor, dass solche Tendenzen als Nährboden für Rechtsextremismus fungieren könnten (s. 2.1.1 - Jugendhaus Erfurter Brücke).

Die Angaben der Jugendhäuser entstammen einer Zuarbeit für den Stadtrat seitens des Jugendamts im Rahmen der Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie 2011.

Als Ort der Vielfalt positioniert sich die Stadt Erfurt entschieden gegen Rechtsextremismus. Seit 2002 existiert der Bürgertisch für Demokratie, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, welcher den Stadtrat in seinen Entscheidungen unterstützen soll. Darüber hinaus hat der Bürgertisch zusätzlich eine vernetzende Funktion, sind in ihm doch verschiedene AkteurInnen der Stadt vereint. Dass Erfurt jedoch mehr gegen rechts tun muss, wird nicht zuletzt in der Initiative für den LAP Erfurt ersichtlich, welche den Reihen des Bürgertisches entstammt. KritikerInnen der Stadtpolitik sehen die Stadt weiter in der Verantwortung, so verweist Michel R. vom Bildungskollektiv Biko e.V. darauf, dass eine Politik, die alternative linke Jugendliche durch Maßnahmen der Stadtverordnung „aus der Stadt drängt“, damit Orte für rechte Strukturen erst zugänglich macht. Er fordert von Stadt und Behörden, zivilgesellschaftliche AkteurInnen Akteure in ihrer Arbeit gegen rechts zu unterstützen.⁸⁹

Im Bereich Partei- und Gewerkschaftsjugend finden sich in Erfurt neben inhaltlichen Veranstaltungen mit dem RedRoXX und filler zwei Orte, die eine direkte Vernetzung und Information ermöglichen. Von hier aus wird auch zu Aktionen gegen rechts im öffentlichen Raum mobilisiert.

Weitere politische Gruppen, die sich unter anderem mit rechten Themen beschäftigen, arbeiten, wie beschrieben zum einen bildungspolitisch und/oder vernetzend. Verfolgt das BiKo bspw. einen emanzipatorischen, gesellschaftskritischen Bildungsanspruch, will das veto vorrangig ein Ort der Vernetzung und des Treffens sein.

Viele der bis hier genannten AkteurInnen treten öffentlich gemeinsam gegen rechte Veranstaltungen auf. Selbst bei kurzfristigem Bekanntwerden ist eine relativ gute Mobilisierung möglich. Das zeigen die Erfolge gegen die NPD-Kundgebung am 06.08.2012 auf dem Erfurter Domplatz. Die mediale Begleitung und Nachbereitung geht über durchschnittlich vertretene Lokalmedien hinaus. So begleitete das freie Radio - Radio F.R.E.I. die hier vorgestellten Proteste live und konnte damit einen

⁸⁹ Michel R. bei dem Pressegespräch „Es gibt ein Problem mit rechter Gewalt in Erfurt“ am 31.08.2012 in der Offenen Arbeit Erfurt.

aktuellen und flexiblen Informationsfluss ermöglichen. Das Projekt „Filmpiraten“⁹⁰ produziert in alternativer Art und mit emanzipatorischem Anspruch Filme zu verschiedenen öffentlichen Protestaktionen.

Der letzte Teil dieses Überblicks stellt die AkteurInnen vor, die sich ausschließlich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen und momentan aktiv sind. Hierbei wurde unterschieden zwischen vorrangig autonom agierenden Gruppen und Gruppen, denen ein Vernetzungsgedanke inhärent ist. Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) sowie die Antifaschistische Koordination Erfurt (AKE) versuchen, Kräfte in Erfurt und Thüringen zu bündeln, wobei es im NDC vorrangig um die Bildung von Toleranz und Demokratie geht und die AKE auf aktive Bekämpfung rechter Strukturen setzt.

Der vorgelegte Problemaufriss soll dazu dienen, Wissensbestände zum Rechtsextremismus in Erfurt und dem Feld der Gegenakteure anzugleichen. Auf dieser Grundlage sollen Handlungsziele und –optionen im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes erarbeitet werden.

Hinweise, Ergänzungen und Fragen nehmen wir gern entgegen.

⁹⁰ [<http://www.filmpiraten.org/>] am 29.08.2012.